Abonnementspreis mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage Buch der Arbeit einschl. Bringerlohn [illegible] Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen [illegible] pro Vierteljahr M. [illegible]. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn [illegible] M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1760.
Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mindestens [illegible] Wiederholung wird Rabatt gewährt. [illegible] Inserate müssen bis [illegible] halb 10 Uhr [illegible] in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1760.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 78. | Dresden, Montag den 7. April 1902. | 13. Jahrg.

Ein Versuch zur Rettung der Steuerreform.

Mit der sächsischen Steuerreform, die den im Moraste der Defizitwirtschaft festgefahrenen Finanzkarren Sachsens wieder etwas flott machen soll, scheint es schlimm zu stehen. Im Finanzministerium hält man die Flucht in die Oeffentlichkeit für geboten, um in erster Linie die ganz besonders bedrohte Vermögenssteuer aus den Interessenkämpfen zu retten, die jetzt in der Ersten Kammer zum Austrag kommen. Das Dresdner Journal bringt in seiner Sonnabend-Nummer einen 6 Spalten langen Artikel: Zur Steuerreform, worin sich der ganz sicher im Finanzministerium zu suchende Schreiber gegen eine Petition der Industriellen im Bautzner Bezirk wendet, die in erster Linie gegen die Vermögenssteuer gerichtet ist. Ehe wir uns mit diesem ministeriellen Versuch zur Rettung der wackeligen Steuerreform näher befassen, sei noch darauf hingewiesen, daß die Petition der Industriellen im Bautzner Bezirk nicht die einzige Kundgebung ist, die aus diesen oder verwandten Kreisen gegen die Vermögenssteuer und zum Teil auch gegen die ganze Steuerreform gerichtet worden ist. Es haben sich vielmehr eine ganze Anzahl Handels- und Gewerbekammern, auf deren Urteil man sonst in der Regierung etwas giebt, entschieden gegen die Vermögenssteuer in der jetzigen Gestalt ausgesprochen und zum Teil dieselben Gründe angeführt, wie die Bautzner Industriellen. Jedenfalls besteht eine starke Opposition in Industriellen- und Handelskreisen, die man jetzt in der Regierung für gefährlich hält.

Diese Opposition ist erst in jüngster Zeit zu Tage getreten. Auffällig ist, daß bei der Beratung der ersten Vermögenssteuervorlage eine derartige Opposition aus den Kreisen der Industrie und des Handels nicht zu konstatieren war. Damals äußerte man in der Hauptsache Bedenken gegen die Nachteile der Einschätzung und die Höhe der Steuer; jetzt aber macht sich eine scharfe und gefährliche Gegnerschaft grundsätzlicher Natur bemerkbar.

Diese für die Vermögenssteuer bedenkliche Erscheinung weist uns mit Nachdruck darauf hin, daß die jetzige Steuerreform, im Gegensatz zu der von 1897, unter dem erdrückenden Einflusse der konservativ-agrarischen Klique im Landtage wesentlich agrarischen Interessen dient. Nach der Vorlage von 1897 sollte das in der Landwirtschaft angelegte Vermögen in derselben Weise zur Vermögenssteuer herangezogen werden, wie das in anderen Betriebsarten der Fall ist. Besondere Vergünstigungen für die Landwirtschaft waren nicht vorgesehen. Deshalb aber lehnte auch gerade die von agrarischen Interessen geleitete Mehrheit im Landtage das Gesetz ab. Daß diese Mehrheit durch einige nationalliberale Industrielle verstärkt wurde, die wegen der Bedenken gegen das Einschätzungsverfahren dagegen stimmten, kann an der Thatsache nichts ändern: die erste Vermögenssteuervorlage wurde agrarischen Interessen geopfert.

Die jetzige Steuerreform läßt den agrarischen Einfluß deutlich erkennen. Es sind nicht nur besondere, günstige Bestimmungen für die Einschätzung des landwirtschaftlichen Vermögens vorgesehen, es soll auch die Grundsteuer fortfallen, die man nach der Vorlage von 1897 nur aus dem Verbande der Staatssteuern ausscheiden, aber zu Gunsten der Gemeinden forterheben wollte. Der Fortfall der Grundsteuer aber bedeutet ein direktes Geschenk an die Grundbesitzer. Die besondere Berücksichtigung agrarischer Interessen zeigt sich ferner darin, daß trotz des Fortfalls der Grundsteuer die mit dieser verknüpften Rechte erhalten bleiben sollen, als wenn die Grundsteuer noch erhoben würde. So will man den Grundbesitzern den Grundsteuerbetrag auch bei der Dreiklassenteilung zur Landtagswahl noch anrechnen. Bei alledem trifft die Vermögenssteuer besonders die verschuldeten Agrarier nicht im Entferntesten so wie die Grundsteuer.

Durch diese Bevorzugung agrarischer Interessen wird der Boden günstig für die Opposition der Industriellen, und die Gegenkundgebungen aus den Kreisen des Handels und der Industrie so gefährlich. Ohne die denn doch gar zu weitgehende Berücksichtigung agrarischer Interessen hätten wir wohl diese Opposition überhaupt nicht und wenn wir sie hätten, wäre sie nicht gefährlich. Es liegt auf der Hand, daß ein Plan, die Agrarier zu begünstigen und die anderen Betriebs- und Vermögensarten zu belasten, eine vorzügliche Position zu einem wirkungsvollen Vorstoße abgeben muß.

Die Petition des Bezirks Bautzen des Bundes der Industriellen stützt sich denn auch im wesentlichen auf die weitgehende Berücksichtigung agrarischer Interessen in der Steuerreform. Es heißt nämlich in den Gründen der Petition u. a. auch:

> Mit der Aufgabe der Grundsteuer werde dem Grundbesitz ein ungerechtfertigtes Geschenk gemacht. Denn einmal stelle sich die Vermögenssteuer, namentlich bei verschuldetem Grundbesitz, niedriger als die seitherige Grundsteuer; sodann sei zu berücksichtigen, daß die Grundsteuer überhaupt nicht mehr als Steuer empfunden werde, da sie beim Ankaufe der Grundstücke von deren Wert kapitalisiert in Abzug gebracht werde; endlich liege eine unbillige Bevorzugung des Grundbesitzers darin, daß nach einem Beschlusse der Zweiten Kammer den Grundbesitzern die an die bisherige Grundsteuer-Entrichtung geknüpften Vorrechte auch fernerhin gewahrt bleiben sollten.

Außerdem wird in der Petition noch gesagt, die Vermögenssteuer erscheine entbehrlich, wenn die Wohnungsgelder der Beamten auf die Hälfte ermäßigt würden; die Einschätzung zur Vermögenssteuer bringe schwere Gefahren für den Kredit des Kaufmanns mit sich, außerdem würden Handel- und Gewerbetreibende schon durch den 25prozentigen Zuschlag zu den Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit belastet.

Gegen diese Gründe wendet sich nun der Artikel im Journal. Zunächst wird eine allgemeine Begründung der Vermögenssteuer als Ergänzung der Einkommensteuer versucht, die nichts neues bringt. Alsdann wendet man sich mit großem Eifer gegen die Annahme, daß die Vermögenssteuer bei einer Kürzung der Wohnungsgeldzuschüsse nicht nötig sei und führt folgendes Bemerkenswerte über die Finanzlage aus:

> Man werfe nur einen Blick in den Entwurf des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1902/03! Da finden sich in den außerordentlichen Etat eingestellt und mithin auf die Deckung durch Anleihen verwiesen nicht weniger als 19 Mill. M. Ausgaben für unproduktive Bauten, Ausgaben, die nach den Grundsätzen vernünftiger Finanzpolitik aus den laufenden Einnahmen bestritten werden müssen, wenn der Staat auf die Dauer solvent bleiben will. Man täusche sich nicht darüber, daß Ausgaben wie diese 19 Mill. M. auch in künftigen Etatsperioden wiederkehren werden. Es ist „bitter not", dafür zu sorgen, daß nach und nach diese Ausgaben, wie es noch bis zum Jahre 1894 geschehen ist, wieder aus Mitteln des ordentlichen Etats gedeckt werden. Geschieht dies nicht, so kann die Folge davon nur ein weiteres bedrohliches Anwachsen der Staatsschuld und eine weitere erhebliche Mehrbelastung unseres ordentlichen Etats mit Schuldzinsen und Schuldtilgungsraten sein. Schwere Sorgen erwachsen uns ferner aus unserem finanziellen Verhältnis zum Reiche. Für die Jahre 1900 und 1901 sind von Sachsen rund 4½ Mill. M. bar an das Reich herauszuzahlen gewesen. Für die laufende Finanzperiode haben wir noch einen in früheren besseren Jahren angesammelten Ueberweisungssteuerfonds, der vielleicht jetzt noch einmal genügen wird, um die Herauszahlung an das Reich zu decken. Später müssen die hierfür erforderlichen Mittel auf andere Weise beschafft werden. Daß aber in Bälde auf eine Besserung unserer finanziellen Beziehungen zum Reiche zu rechnen wäre, dafür ist trotz ernstlicher Bemühungen der Einzelstaaten bei der Haltung der Reichstagsmehrheit keine auch nur einigermaßen sichere Gewähr vorhanden. Wie kann man angesichts dieser Ausblicke in die Zukunft davon sprechen, daß die Vermögenssteuer durch den Abstrich von ein paar Millionen Mark von den Wohnungsgelderzuschüssen finanziell entbehrlich gemacht werden könne?

Diese Schilderung unterscheidet sich wesentlich von den bisherigen Schönfärbereien in der Ordnungspresse, zeigt aber zugleich auch, daß mit kleinlichen Abstrichen, wie sie jetzt mit Eifer geübt werden, nichts gethan ist und wir andere Mittel zur Sanierung unserer Finanzen brauchen.

Im übrigen wird der Wegfall der Grundsteuer eingehend verteidigt. Man weist darauf hin, daß ein Teil der Grundsteuer, wenn auch in anderer Form, von den Gemeinden wegen des Wegfalls der Schuldotation würde erhoben werden müssen. Wenn verschuldete Grundbesitzer wesentlich besser bei der Vermögenssteuer wegkämen, als bei der Grundsteuer, so sei das nur gerecht. Dann hieß es wörtlich weiter:

> Wenn ferner in der Petition behauptet wird, die Grundsteuer könne ihrer Natur nach gar nicht mehr als eine direkte Steuerleistung angesehen werden, da sie beim Grundstückskaufe zu ihrem kapitalisierten Betrage in Anrechnung komme, so würde daraus folgen, daß mit der Aufhebung der Grundsteuer die Güter um den kapitalisierten Betrag derselben im Wert steigen müßten. Ob dies eintreten wird, bleibt abzuwarten. Träte die Wertsteigerung aber wirklich ein, so würde sie sofort eine entsprechend höhere Heranziehung der Grundstücke zur Vermögenssteuer nach sich ziehen, so daß der beargwohnte Vorteil alsbald wieder seinen steuerlichen Ausgleich finden würde.

Alsdann beschäftigt sich der Artikel im Journal noch mit den sonstigen unwesentlicheren Einwänden. Bemerkenswert ist jedoch noch der Einwand auf den Vorschlag der Petenten, in erhöhtem Maße Abstriche an den einzelnen Etatsposten vorzunehmen. Es heißt da:

> „Abstriche am Etat" sind in erheblichem Umfang nur dann möglich, wenn nicht schon der Etatentwurf mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt ist. Eine sparsame Etatsaufstellung ist aber bei der Berechnung des Mindestbedarfs an Mehreinnahmen schon als selbstverständlich vorausgesetzt worden. Im übrigen findet jede Sparsamkeit ihre Grenze an der Pflicht des Staates zur Erfüllung seiner immerfort sich steigernden kulturellen Aufgaben. Niemand wird wünschen, daß Sachsen hierin hinter anderen blühenden deutschen Bundesstaaten zurückstehe. Den größten Schaden davon würde sicherlich unsere hochentwickelte Industrie selber tragen. . . . . . . Nach alledem wird man sich der

---

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst von Wolzogen.

(38. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Dreizehntes Kapitel.

Aus welchem die geneigte Leserin ersehen wird, welch ein Segen eine vorsorgliche Schwiegermutter für eine unerfahrene junge Frau sein kann und anderes mehr, worüber sie sich entsetzen wird.

Man glaubte es anfangs mit einem Nervenfieber zu thun zu haben, doch diese Befürchtung erwies sich bald als grundlos. Das Fieber wich schon nach zwei Tagen und es blieb bloß die Ermattung und ein allgemeiner katarrhalischer Zustand zurück. Es lag also wohl nur eine starke Erkältung vor, aus der man weiter nicht viel Wesens zu machen brauchte.

Da trat am fünften Tage, als Charlotte schon wieder das Bett verlassen und im Hause umherzugehen begonnen hatte, eine ganz merkwürdige Wendung ein. Sie klagte plötzlich über heftige Kopfschmerzen, Uebelkeit und Schwere in allen Gliedern. Sie mußte sich wieder zu Bett begeben — und am anderen Morgen vermochte sie sich nicht zu erheben. Sie war wie gelähmt; der junge Arzt aus Klinkenberg stand ratlos vor diesem Fall; er war noch nicht lange von der Universität fort und wußte daher noch nichts. Man ließ seinen hochbetagten Herrn Kollegen kommen, aber der war schon zu lange von der Universität fort und wußte daher nichts mehr. Die beiden Herren einigten sich schließlich auf einen sehr schwer zu behaltenden griechisch-lateinischen Ausdruck, den sie dem besorgten Gatten mitteilten mit der tröstlichen Gewißheit, daß dieser doch nicht im stande sein werde, ihn weiter zu verraten. Und dann übertrug man die weitere Behandlung dem ehrwürdigen alten Herrn, der Einreibungen mit Bilsenkrautsalbe, Applizierung aromatischer Kräutersäckchen und innerlichen Gebrauch einer harmlosen, süßsäuerlichen Mixtur verordnete.

Aribert hatte kein ganz gutes Gewissen bei der Sache. Es war ja immerhin möglich, daß das offenbar nervöse Leiden psychischen Ursprungs und durch Aufregung über den häßlichen Auftritt mit Herrn Posahl und die dazugetretene heftige Erkältung zum Ausbruch gekommen war. Er zeigte sich zwar sehr besorgt und rücksichtsvoll, aber er war doch viel zu ungeduldig, um einen guten Krankenpfleger abzugeben. Auch Charlotte vermochte in ihrem Zustande nicht, ihre tiefe Verstimmung gegen ihn zu verbergen und ließ es ihn deutlich merken, daß ihr seine Anwesenheit am Krankenbette ebensowenig angenehm war, wie die seiner Mutter. Und so erfüllte er denn gern ihren Wunsch, ihre Schwester Hedwig Brümmer zur Pflege herbeizurufen.

Drei Tage vergingen noch bis zur Ankunft der Frau Brümmer. Und in diesen drei Tagen wichen die Schwiegermutter und die Tante kaum von Charlottens Krankenlager. Sie sollte sich nicht bei der Schwester über Mangel an liebevoller Pflege beklagen dürfen. Das Tantchen beschäftigte sich trotz Charlottens Protest vorwiegend mit der Spendung geistlichen Trostes, während Frau von Klinkenberg praktischer vorging und nicht nur die Bereitung der Krankensuppen und Anwendung der vorgeschriebenen Heilmittel überwachte, sondern auch als Frau von Charakter und Erfahrung die schwere Aufgabe übernahm, die Kranke schonend vorzubereiten auf den immerhin möglichen Fall, daß sie ohne Leibeserben in ein besseres Jenseits abberufen werden sollte. Sie zählte eine Fülle von thatsächlichen Fällen aus ihrer Erfahrung auf, wo Leute, die sich hartnäckig geweigert hatten, rechtzeitig ein Testament zu machen, ganz plötzlich gestorben, während diejenigen, die in schweren Krankheitsfällen ihrer Pflicht nachgekommen, wie durch ein Wunder genesen seien.

„Sieh mal, mein liebes Lottchen," redete sie ihr überaus freundlich zu: „Ich kenne ja die Gesetze so genau nicht, aber so viel ich weiß kriegt Dein lieber Mann nichts oder höchstens ein Viertel Deines Vermögens, wenn Du, was Gott verhüten möge, ohne Kinder von uns genommen werden solltest. Du mußt doch bedenken, daß er doch nur Deinetwegen das ganze Haus und die Wirtschaft mit so großen Kosten auf den Kopf gestellt hat. Ich hab ihn ja so einfach und bescheiden erzogen, daß er ohne Dich ganz zufrieden so weiter gelebt hätte wie bisher. Aber jetzt natürlich, wo alles so einen großartigen Zuschnitt bekommen hat, jetzt ist es auch mit seiner Anspruchslosigkeit vorbei. Nun ja, gewiß, beruhige Dich nur, ich mache Dir ja gar keinen Vorwurf daraus. Gott bewahre! Der Mensch will sich doch verbessern. Das höhere Streben ist ja auch was ganz Berechtigtes; aber denke doch bloß, die Blamage vor der ganzen Nachbarschaft, wenn wir auf einmal die schönen Sachen alle verkaufen und wieder dreimal die Woche Stockfleisch mit Hülsenfrüchten auf den Tisch bringen müßten wie früher. Du mußt ja nicht etwa denken, daß er gleich wieder heiraten würde! Nein, das thut er bestimmt nicht. Du weißt gar nicht, wie sehr er Dich liebt — er hat mir's erst gestern gesagt: „Mutterchen," hat er gesagt, „wenn Lottchen stirbt, dann weiß ich nicht, was passiert." Wie ich heiratete, hab ich gleich'n Testament gemacht und am Hochzeitstage unterschrieben. Mein Mann verlangte das so — der war eben nicht so zartfühlend wie Albertchen. Aber was hat er denn auch schließlich davon, wenn auf einmal das Unglück da ist? Wenn ich damals nicht gleich mein Testament gemacht hätte, wär' ich gewiß schon im ersten Wochenbett draufgegangen und den Kummer mit Friedrich Karl hätte ich gewiß nicht überlebt. Und wenn's wirklich zum schlimmsten kommen soll, wie kann denn eine Frau ruhig sterben, mit dem Bewußtsein, daß sie einen unversorgten Gatten hinterläßt und seine alte Mutter in Kummer und Sorgen!"

Diese traurige Vorstellung entpreßte ihr reichliche Thränen und sie mußte eine umständliche Schneuzung vornehmen, bevor sie weiter zu reden vermochte. „Denke doch bloß mal an, mein lieber Schatz, wenn Dein Mann nichts ist und nichts hat und die Gerichtsvollzieher kommen und tragen die schönen Möbel wieder weg und das Silberzeug und die kostbare Wäsche, da kann er doch gar nicht dran denken, jemals wieder eine anständige Partie zu machen. Und dann sterben die Klinkenbergs überhaupt aus. Das wirst Du doch nicht wollen — wo er sich doch schon so auf Kinderchens gefreut hat! Was ist Dir denn? Was hast Du denn? Du hörst wohl gar nicht zu?"

Charlotte wälzte sich unruhig hin und her. „Jaja, ich höre," stöhnte sie verzweiflungsvoll: „aber ich habe so entsetzliche Kopfschmerzen, ich kann jetzt nicht denken."

„Soll ich vielleicht reinschicken und den Notar kommen lassen?"

„Nein, nein," rief Charlotte, ungeduldig auf die Bettdecke schlagend: „laßt mir lieber einen Arzt kommen, der etwas versteht."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020407/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hoffnung hingeben dürfen, daß die Erste Kammer sich durch die Petition des Bundes der Industriellen nicht wird abhalten lassen, der von der Zweiten Kammer bereits genehmigten Steuerreform im Sinne der Regierungsvorlage auch ihrerseits schließlich zuzustimmen. Wir sind überzeugt, daß es einen besseren Weg zur Sanierung unserer Staatsfinanzen nicht giebt.

Ob die Stütze, die die Regierung der Steuerreform durch den Artikel im Journal zu geben versucht, den wackeligen Bau halten wird, erscheint fraglich. Jedenfalls aber geht aus dem Artikel hervor, daß die Regierung keinen anderen Ausweg aus der Defizitwirtschaft kennt, als die Vermögenssteuer. Was soll, so muß man fragen, werden, wenn diese in der Ersten Kammer zusammenbricht und wenn sich die notwendigsten Forderungen, die man jetzt zum Teil zurückstellt, häufen und unabweisbar notwendig machen? Eins geht aber auch aus dem Artikel im Journal hervor: Nicht eine kleinliche Knauserei an notwendigen Ausgaben kann Besserung bringen, sondern das kann nur die Erschließung ausgiebiger Steuerquellen, wie die Vermögenssteuer eine ist. Daß diese jetzt ernstlich in Gefahr oder noch nicht lange Gesetz ist, liegt, wie wir eingangs gezeigt haben, an dem Widerspruch zwischen der agrarischen Herrschaft im Dreiklassenparlament und den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Interessen des Landes.

Politische Uebersicht.

Die borsauere Notlüge

wird immer erbaulicher. Jetzt erzählt die Voss. Ztg. folgendes hübsche Histörchen aus der Vorgeschichte der in kurzer Zeit berühmt gewordenen Verordnung:

„Die Einzelregierungen waren ersucht worden, ihren Vertretern im Bundesrat die erforderliche Instruktion für die Abstimmung über das Verbot bis Ende Februar zugehen zu lassen. Am 7. Februar wurde von einigen Interessenten eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, die darauf hinwies, daß in allernächster Zeit ein Gutachten des Geheimrats Prof. Liebreich im Druck erscheinen werde, das die angebliche Gesundheitsschädlichkeit der Borsäure als Fleischkonservierungsmittel auf Grund eingehender Versuche widerlege. In der Eingabe wurde deshalb gebeten, die Entscheidung über die Vorlage noch einige Zeit hinauszuschieben. Der Erfolg war, daß die Einzelregierungen telegraphisch ersucht wurden, die Abgabe ihres Votums zu beschleunigen, daß die Abstimmung im Bundesrat thatsächlich bereits am 16. Februar erfolgte und das Verbot der Konservierungsmittel unterm 18. Februar im Reichs-Anzeiger veröffentlicht wurde."

Diese Politik des Davonlaufens vor unbequemen Gutachten ist ja sehr bequem. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die Regierung sie im Reichstage, der sich ja sicherlich über die Vorsäureverordnung noch nähere Mitteilungen ausbitten wird, überzeugend begründen kann. Freilich wird die agrarische Mehrheit Ja und Amen sagen und soweit wäre ja die Regierung geborgen. Aber ihr Ansehen und die Achtung vor ihren Erklärungen wird weder im In- noch im Auslande wachsen, wenn sich nicht verbergen läßt, daß alles Gerede von der Gesundheitsschädlichkeit der Borsäurekonservierung nur ein Vorwand ist, um den Agrariern eine unbequeme ausländische Konkurrenz vom Halse zu schaffen.

„Exzellenz" Lieber.

Ein Berliner Blatt hatte vor einigen Tagen berichtet, dem Abg. Lieber sei nach der glücklichen Durchbringung der ersten Flottenvorlage die Wahl gestellt worden, was er denn auf seine alten Tage nun eigentlich werden wolle: Oberpräsident, Staatssekretär oder preußischer Minister oder ob er sogar (!) einen hohen Orden wünsche. Diese Nachricht wird jetzt von dem rheinischen Zentrumsblatt, der Kölnischen Volkszeitung, bestätigt. Sie schreibt:

„Diese Nachricht ist richtig. Dr. Lieber hat in derselben Schweigsamkeit, welche ihn seine Angebote ausschlagen ließ, von diesen Angeboten auch nur ganz wenigen vertrauten Freunden Mitteilung gemacht, und auch diesen nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Jetzt aber, nach seinem Tode, liegt kein Grund mehr vor, damit hinter dem Berge zu halten. Das katholische Volk und die Zentrumspartei werden es dem Verstorbenen hoch anrechnen müssen, daß er eine hohe Stelle im Staatsdienste ausschlug, welche ihm in Anbetracht seiner sehr zahlreichen Familie aus persönlichen Rücksichten nur erwünscht sein konnte, ebenso hoch, wie sie es dem Abg. Windthorst angerechnet haben, daß er die sehr hoch dotierte Stellung eines Verwalters des fürstlich Thurn- und Taxisschen Vermögens ausschlug. Beide Männer haben dabei in mustergültiger Weise die Interessen ihrer guten Sache und ihre Aufgabe im öffentlichen Leben höher gewertet, wie persönliche Vorteile der verlockendsten Art. Für Dr. Lieber kam vom Standpunkte seiner persönlichen Neigung in erster Linie das Angebot eines Oberpräsidiums in Betracht. Es handelte sich um das Oberpräsidium seiner Heimatsprovinz Hessen-Nassau. Der damalige Oberpräsident Brandenburg war in Aussicht genommen als Präsident der Oberrechnungskammer. Die so eröffnete Vakanz sollte benutzt werden, um das Oberpräsidium in Kassel für Dr. Lieber frei zu machen. Dr. Lieber blieb aber, was er war: ein einfacher Privatmann. Wenn ein so uneigennütziger und selbstloser Mann bei seiner politischen Thätigkeit Vertrauen erwartete und verlangte, so wird man zugeben müssen, daß sein eigenes Verhalten ihm dazu ein volles Recht gab."

Die gekränkte Eitelkeit, die sich etwas darauf zu gute thut, daß einem Parteigenossen, einem führenden Parlamentarier beinahe die „Ehre" zu teil geworden wäre, zum preußischen Mandarinen zu „avancieren", enthüllt eine Unentschlossenheit in der Zentrumspartei, die einfach ekelhaft ist. Jede Spur von Selbstbewußtsein, jedes Gefühl der Selbstachtung muß man doch erst verloren haben, bevor man sich durch eine so breit angebotene „Belohnung", um nicht zu sagen: Bezahlung, für politische Dienste angeehrt fühlen kann. Nicht seine Selbstlosigkeit, sondern die elementare politische Klugheit ließ Lieber das Angebot ablehnen, denn er wäre ein toter Mann gewesen, wenn er es angenommen hätte.

Was aber soll man zu einer Regierung sagen, die in dieser Weise korrumpierend auf das Parlament einzuwirken sucht. Dieser skandalöse Bestechungsversuch reicht an die 12000 Mark-Affaire heran, in der er zugleich das passende Gegenstück liefert: die Regierung bettelt einzelne Interessentenkreise um Geld zur Betreibung einer volksfeindlichen Politik an — dieselbe Regierung bietet parlamentarischen Parteiführern Orden und lukrative Aemter an, wenn sie ihr Dienste geleistet haben. Unter diesen Umständen kann man sich nicht darüber wundern, daß die unerlaubten Geschäfte des Reichsamts des Innern eine so milde Beurteilung bei den bürgerlichen Parteien, zumal beim Zentrum, fanden. Eine Hand wäscht die andere!

Das edle Zentrumsblatt vom Rhein thut sich Wunder was zu gute auf die Selbstlosigkeit Liebers. Der Mann verdient aber noch über das Grab hinaus den derbsten Tadel, weil er die Versuche der Schacherungskerei, mit denen ihn die Regierung beleidigte, nicht sofort anzeigte: das wäre er dem Volke und dem Parlamente schuldig gewesen.

Es versteht sich von selbst, daß in dieser widerwärtigen Affaire das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist!

Deutsches Reich.

Berlin, 7. April. Am morgigen Dienstag tritt nun die Zolltarifkommission wieder zusammen. Offiziös wird heute noch in allen Tonarten versichert, daß die Regierung auf ihrer Vorlage besteht und daß Posadowskys Reise ihre Festigkeit nicht gemindert, sondern eher verstärkt habe.

— Wie der Lokal-Anzeiger berichtet, wurde der Arbeiter Str. dieser Tage am Schlesischen Bahnhof fälschlich unter dem Verdacht des Betruges festgenommen, im „Grünen Wagen" zum Polizeipräsidium transportiert und dort 30 Stunden in Haft behalten, bis sich herausstellte, daß er mit einem gesuchten Betrüger nicht identisch sei. Seinem dringenden Verlangen, seinen bisherigen Prinzipal herbeizuholen, und seine Identität aufzuklären, wurde anfangs nicht entsprochen, bis dies schließlich nach 24 Stunden geschah, worauf die Freilassung erfolgte. — Trotz aller Versprechungen der oberen Behörden, daß Abhilfe geschaffen werden soll, wiederholt sich der „Fall Kulenkampff" alle vier Wochen einmal. Die unteren Polizeibeamten lassen sich nicht so leicht vom geheiligten Schema abbringen. Oder fehlt den Anweisungen von oben die Entschiedenheit?

— In der Stiftung der 15 Stipendien an deutsche Studenten durch Cecil Rhodes schreibt das Berliner Tageblatt, in unterrichteten Kreisen werde nicht daran gezweifelt, daß der Kaiser die ihm von Cecil Rhodes übertragene Befugnis annehmen werde.

— Die Lindenunterführung hat am Sonnabend die Verkehrsdeputation der Stadt beschäftigt. Wegen der verweigerten kaiserlichen Erlaubnis zur Ueberquerung der Linden durch die städtische Straßenbahn hatte die Deputation eine Anzahl Projekte ausarbeiten lassen, die die Unterführung bezwecken. In Rücksicht auf die technischen Schwierigkeiten, die sehr hohen Kosten, je nach dem Projekt 1–8 Millionen Mark, und vor allem auf die immer noch nicht erteilte polizeiliche Genehmigung für die schon vor langer Zeit beantragten städtischen Straßenbahnlinien, beschloß die Deputation auf den Antrag des Stadtverordneten Singer, die Projekte nicht weiter zu bearbeiten und der Frage der Lindenquerung erst wieder näher zu treten, wenn der Bescheid des Polizeipräsidiums wegen der Genehmigung der städtischerseits beantragten Straßenbahnlinien eingegangen ist.

Ein agrarisches Rechenkunststück. Ein jüngst bei G. Fischer in Jena erschienenes Buch: Der deutsche Bauer und die Getreidezölle, enthält folgende phänomenale agrarische Verbesserung des alten Adam Riese. In der Denkschrift, die der deutsche Landwirtschaftsrat, die offizielle Vertretung des Agrariertums im Reich, zum Fleischbeschaugesetz herausgegeben hat, wird im Gegensatz zu namhaften Statistikern, die nur 24 Kilogramm herausgerechnet haben, das jährliche Fleischquantum, das nach der Durchschnittsberechnung auf jeden Deutschen kommt, mit 35,8 Kilogramm angegeben. Wie diese gewaltige Differenz entsteht, das zeigt folgende Rechnung:

das **Lebend**gewicht für Schweine unter 1 Jahr mit 65 Kilogramm, für Schweine über 1 Jahr mit 119 Kilogramm angegeben. Auf Seite 119 ebendaselbst wird der „Berechnung" der Fleischproduktion ein

Schlachtgewicht für Schweine unter 1 Jahr mit 80 Kilogramm, für Schweine über 1 Jahr mit 125 Kilogramm zu Grunde gelegt. Hiernach würden also

die Schweine unter 1 Jahr **ausgeschlachtet 15** Kilogramm, die Schweine über 1 Jahr ausgeschlachtet 6 Kilogramm **schwerer** sein als **im lebenden** Zustande.

Diese Art Rechnung hat ihre Vorteile. Wie man damit den unzufriedenen Konsumenten beweisen kann, daß sie viel mehr Fleisch essen, als sie zu essen geglaubt haben, so könnte man ihnen auch beweisen, daß nach Erhöhung der Zölle das Brot billiger wird! Aber am einfachsten wär's doch, die Agrarier rechneten auf diese Weise eine glänzende Rentabilität ihrer Güter heraus. Dann wäre ja allen geholfen!

Gut, daß er durch ist, denkt die Deutsche Tageszeitung und nennt die Wahl des Herrn v. Oldenburg im Kreise Elbing-Marienburg — mit 5 Stimmen Majorität — einen „agrarischen Erfolg"!

Die verblüffende Fixigkeit der Behörden bei der Feststellung des Wahlergebnisses offenbart sich jetzt übrigens als ein kleiner Irrtum des Wolffschen Telegraphenbureaus. Die Zahlen, die es am Sonnabend mitteilte, können nicht das amtliche Wahlergebnis darstellen, da das nach dem Wahlreglement erst am vierten Tag nach der Wahl ermittelt wird. Wir können doch nicht annehmen, daß der Wahlkommissar des Kreises gegen das Gesetz gehandelt habe. Wenn nun die nichtamtliche Zählung nicht ganz genau war, so kann Herr v. Oldenburg vielleicht doch noch in die Lage kommen, mit dem Sozialdemokraten um das Mandat fechten zu müssen.

Ein Schwabenstreich. Das Königreich Württemberg liegt bekanntlich mit dem ehemaligen demokratischen Reichstagsabgeordneten Frhrn. v. Münch in grimmer Fehde. Württemberg erklärt den Freiherrn für verrückt und möchte ihn am liebsten einsperren, der Freiherr aber zieht es vor, sich in Preußen aufzuhalten, wo man seinen Geisteszustand günstiger beurteilt. Er hat aber noch allerlei Zivilprozesse im schönen Schwaben zu führen, und um sich mit seinem Rechtsanwalt aussprechen zu können, erhält er unter gewissen Bedingungen freies Geleit von der württembergischen Regierung. Er wird bei solchen Besuchen unter die Obhut eines Irrenwärters gestellt, darf keine Waffen bei sich führen u. a. m. Vor allem aber darf er — keine Zeitungsredaktionen besuchen! Als unser Stuttgarter Parteiblatt, die Schwäb. Tagwacht, das offenbarte, erklärte der nationalliberale Schwäb. Merkur, das könne er nicht glauben. Um ihn zu überzeugen, teilt nun die Tagwacht folgende Stelle aus einem ministeriellen Bescheide mit:

„Endlich wird bemerkt, daß dem Irrenwärter Jung eine Instruktion dahingehend, Sie am Besuch von Rechtsanwälten und der Schreibstube von Beuerlen zu verhindern, nicht erteilt worden ist. Dagegen ist er sowohl mündlich als in der ihm erteilten schriftlichen Instruktion angewiesen worden, den Besuch von Zeitungsredaktionen nicht zuzulassen, da Ihnen Aufenthaltserlaubnis nur zum Zwecke der Wahrnehmung Ihrer Prozeßangelegenheiten erteilt wurde, wozu der Besuch von Zeitungsredaktionen nicht gehört. Bei dieser Anordnung hat es sein Verbleiben."

Die Schwaben wissen halt, daß Zeitungen unter Umständen noch gefährlicher sind, als Revolver.

Kleine politische Nachrichten. Normann-Schumann als Kläger. Der aus dem Tausch-Leckert-Lützow-Prozesse bekannte „Agent" Normann-Schumann wird demnächst die Gerichte beschäftigen, und zur Abwechselung in der Rolle des Klägers. Er hat durch seinen Rechtsanwalt eine Beleidigungsklage gegen die Berliner Neuesten Nachrichten angestrengt, die am 19. November v. J. von dem durch den Abg. Bebel ausgesprochenen Verdacht, daß Normann-Schumann der Kaiserbrief-Fabrikation in Luzern nahestehe, Notiz genommen hatte. Normann hat auch den Vorwärts verklagt. Der Termin gegen die Neuesten ist auf den 18. d. M. anberaumt. — Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet. Die Frankf. Ztg. meldet aus Straßburg: Ein Sergeant des zweiten bayrischen Fußartillerie-Regiments wurde in Metz verhaftet. Der Verhaftete soll sich des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht haben. — Erschossen hat sich in Thorn der Fabrikant Klotz, einer der Hauptbelastungszeugen gegen den kürzlich vom Kriegs- und Oberkriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation verurteilten Pionier-Unteroffizier Gun.

Dänemark.

Dem Verkauf der Antillen soll noch in letzter Stunde ein Schwierigkeiten erwachsen. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Gruppe der Rechten, die im Landsthing die Mehrheit hat, beschloß dem Verkauf der Inseln zuzustimmen. Jedoch will sie die Bedingung [illegible]

„Ach geh, versündige Dich nicht, der Müller ist doch Kreisphysikus. In fünf Jahren wird er sein fünfzigjähriges Jubiläum feiern als Doktor. Wenn der nichts versteht, soll, dann weiß ich nicht . . .! Ich habe ihn bei Aribert und bei Karola gehabt, ich kann Dir nur sagen, da is' alles gegangen wie geschmiert und ohne Karbol und Tierquälerei, wie sie's heutzutage machen. Man muß der Natur ihren Lauf lassen, sagt Doktor Müller, und da hat er ganz recht mit. Ich bin nie krank gewesen, so alt wie ich bin und Nerven kenne ich nicht, wo ich doch gewiß tüchtig was auszuhalten gehabt habe im Leben. Und Frau Pokahl, die beim sechsten den Doktor Fredrichs gehabt hat — na, wie die heruntergekommen is, das is doch 'n Jammer. Jetzt beim siebenten will sie auch wieder Doktor Müller nehmen . . ."

Hier unterbrach das Tantchen ihren Redeschwall, welches bisher schweigend zugehört, oder vielmehr aufmerksam im neuesten Heft der „Balsaminen" gelesen hatte. „Es thut überhaupt nicht gut, wenn man seine Hilfe in schweren Leibesnöten auf die irdischen Aerzte setzt," sprach sie mit sanfter Mahnung. „Wenn sie überhaupt was helfen können, dann ist es doch nur der liebe Gott, der ihre Medizin segnet. Der liebe, selige Onkel Viktor pflegte auch immer zu sagen: Behüt uns Gott vor Doktors Pillen, der Herr wird meine Notdurft stillen."

Es war ein Glück für die arme Charlotte, daß bald darauf Aribert erschien und die beiden Damen zum Krankenzimmer hinauskomplimentierte. Er brachte eine Depesche von Frau Prümmer mit, worin diese ihre Ankunft für den heutigen Abend anzeigte. — —

Es schien wirklich, als ob die Anwesenheit der Schwester den günstigsten Einfluß auf Charlottens Zustand haben sollte. Hedwig Prümmer hatte im Grunde nicht das geringste Talent zur Krankenpflegerin. Ihre Ungeduld, ihr zappeliges Wesen, ihre Vergnügungssucht und ihre oft geradezu kindliche Urteilslosigkeit machten sie überhaupt für jeden verantwortlichen Posten ungeeignet. Aber trotzdem war Charlotte glücklich, sie in ihrer Herzensverlassenheit bei sich zu haben. Sie hielt ihr doch wenigstens für den größten Teil des Tages die schrecklichen alten Weiber fern, und ihr munteres Geplauder verscheuchte doch wenigstens die trübe, allen Lebensmut untergrabende Stimmung. Im ersten Augenblick hatte Frau Hedwig freilich einen argen Schreck bekommen über Lottens elendes Aussehen. Ihr Gesicht war jetzt ganz eingefallen, die Haut grau und rotfleckig geworden. Das wundervolle Ebenmaß der Gestalt war auch dahin. Arme und Beine angeschwollen wie bei der Wassersucht. Frau Hedwig weinte über diese traurige Zerstörung, und es war Charlotte, die ihr tröstend zureden mußte, statt umgekehrt. Aber sobald sie den ersten Schrecken einmal überwunden hatte, schlug sie sich mit ihrem glücklichen Leichtsinn die schlimmen Befürchtungen aus dem Kopfe und war schon nach Ablauf der ersten Woche dahin gelangt, ihren Besuch in Strehlen als so eine Art Vergnügungstour zu betrachten. Sie besaß das beneidenswerte Talent, aus allen Dingen und Verhältnissen, sofern sie ihr nur neu waren, eine ganz nette Summe von Amüsement für sich herauszuschlagen. Sie fand das gute Tantchen entzückend dumm, Frau von Schlittenberg mit ihrer Unbildung und vehementen Steifheit zum Totlachen und Aribert reizender denn je. Sie unternahm weite Schlittenfahrten mit ihm, bei denen sie selbst kutschieren durfte. Und da der gute Schneekönig sich so ziemlich alles gefallen ließ, so schwindelte sie sich mit der Einbildung, ein brillantes Sportsweib zu sein. Aribert entlieh später von dem Grafen Necy einen Damensattel und gab ihr Reitstunde; das machte sie vollends glücklich. Und als Anfang Februar Tauwetter eintrat, richtete sie Schneemänner im Garten auf und focht mit Aribert lustige Zweikämpfe aus. Nur Friedrich Karl ging sie so viel wie möglich aus dem Wege, denn sie kam über seinen Anblick nicht hinweg. Kurz und gut, sie war von Strehlen und seinen Bewohnern so entzückt, daß sie darüber sogar ihr bisheriges Idol, den Hofschauspieler Heilbott, zu vergessen schien.

Anfangs war dieser edle Mann und wahrhaft große Künstler der vornehmste Gegenstand ihres Gedankens gewesen, wenn sie an Lottens Bette saß. Der dramatische Unterricht war thatsächlich in Angriff genommen worden, und sie behauptete, jetzt wahrscheinlich schon zum Auftreten reif gewesen zu sein, wenn nicht der unglückliche Umstand, daß Heilbott in Westend und sie in Tegel wohnte, bei der mangelnden Verbindung dieser beiden Vororte, sie nötigte, sich auf eine einzige Lektion in der Woche zu beschränken. Teuer war der Spaß übrigens auch, denn abgesehen von dem Honorar, das „nur" zehn Mark für die Stunde betrug, hatte sie sich doch natürlich auch im königlichen Schauspielhause abonnieren und, weil sie doch nicht gut in der Nacht nach Tegel hinausfahren konnte, in einem Berliner Damenpensionat ein Quartier belegen müssen. Und dann die Lorbeerkränze! Nach jedem Auftreten ihres gefeierten Lehrmeisters in einer bedeutenden Rolle, fühlte sie sich moralisch verpflichtet, ihrer Bewunderung durch etwas Grünzeug mit Schleife sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Die ärgerlichen Erfahrungen, die sie mit unverständigen Logenschließern gemacht hatte, die ihre Kränze immer zu denkbar ungeeignetem Moment auf die Bühne beförderten, so daß das Publikum in die schwersten Irrtümer darüber fallen mußte, wem sie gelten sollten, die vielen kleinen Abenteuer, welche sie als auffallend hübsche Frau ohne Begleitung im Theater, auf der Pferdebahn und sonstwo erlebte, und endlich die wonnigen Unterrichtsstunden selbst, in denen sie mit „ihm" die feurigsten Liebesscenen studierte, waren ihr schier unerschöpflichen Stoff zu immer neuen Geschichten, die sie mit drolliger Anschaulichkeit vorzutragen wußte. Charlotte mußte oft so herzlich lachen, daß sie darüber ihre Schmerzen vergaß. Und dann war es ihr auch eine Freude, die graziöse kleine Frau so leicht im Zimmer hin und herhuschen zu sehen, oder sich von ihren weichen, stets nach feinen Parfüms duftenden Händen bei ihrer Krankentoilette bedienen zu lassen. Und dann war es noch eins, was ihr half ihren Lebensmut zusammenzuraffen und tapfer gegen die körperliche Schwäche anzukämpfen. Das war der Umstand, daß Hedwig in ihrer harmloser Begeisterung Ariberts Lob sang. Sie war weit entfernt davon, eifersüchtig zu sein, denn sie kannte das gute Herz ihrer Schwester, die trotz all ihrer Eitelkeit und ihres Leichtsinns sich doch sicherlich nie so weit vergessen würde, um ihre Krankheit etwa dazu zu mißbrauchen, mit ihrem Gatten ein frivoles Spiel zu treiben. Sie begann sich im Gegenteil

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020407/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

gen, daß die Insulaner durch ein Plebiszit der Abtretung zustimmen. — Da Amerika ein Plebiszit abgelehnt hat, so darf man auf den weiteren Verlauf der Angelegenheit einigermaßen gespannt sein.

Die Enthüllungen des Agenten Christmas über Bestechungsgelder, die behufs Abschluß des Verkaufs an amerikanische Abgeordnete gezahlt worden seien — es hat darüber bekanntlich eine heftige Debatte im amerikanischen Repräsentantenhause stattgefunden, die mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses endete —, haben in Kopenhagen peinliches Aufsehen erregt. Die Regierung erklärt, daß das jetzige Ministerium mit Christmas nichts zu thun habe. Die konservative Nationaltidende giebt zu, daß der frühere konservative Ministerpräsident Hörring auf eigene Faust mit Christmas einge[illegible] habe.

Oesterreich-Ungarn.

Auf dem Parteitage der ungarischen Sozialdemokratie kam es zu einer bemerkenswerten Zolldebatte. Der Referent Dr. Goldner sprach für „Erziehungszölle", die die Industrie und damit auch die Arbeiterschaft stärken würden. Diese Zölle dürften sich allerdings nicht zu Schutzzöllen auswachsen, sondern müßten bei Zeiten abgebaut werden. Der Korreferent Garrami trat dem entgegen. Auch Erziehungszölle müssen vom Volke getragen werden. Es gebe auch Industrie in Ländern ohne Großindustrie und umgekehrt. Schweden sei kulturell hochentwickelt und dennoch Agrikulturstaat. Die künstliche Züchtung der Großindustrie sei eine verwerfliche Selbsttäuschung. Durch Zölle läßt sich aber die Industrie auch gar nicht schaffen. Die Abschließung nach außen bedeute gesteigerte Ausbeutung und Schröpfung der Arbeiterschaft durch die inländischen Kapitalisten. Das kulturell so rückständige, zum Widerstand unfähige Proletariat Ungarns dürfe man der kapitalistischen Profitwut nicht noch mehr ausliefern.

Ueber die Debatte und den Beschluß liegt noch kein Bericht vor. Der Bericht der Parteileitung konstatierte eine Erstarkung der Partei, die sich vor allem in einem günstigen Kassenausweis bemerkbar macht. Die Partei hat auch zur Verbreitung ihrer Prinzipien an der letzten Wahlbewegung teilgenommen, diese so ausnützend, daß sie in mindestens ... Versammlungen abhielt, wo es bis dahin überhaupt keine Versammlungen gab. Außerdem wurden 370000 Wahlflugblätter, sowie die Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen!" in 100000 Exemplaren verbreitet. Die Bewegung der Feldarbeiter hat sich trotz großer Schwierigkeiten gefestigt; auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten industriellen Arbeiter ist trotz der furchtbaren Krise um ungefähr 1000 gestiegen. Die behördlichen Verfolgungen und Schikanen waren natürlich nicht gering. Der inneren Erstarkung der Partei entsprechend ist auch die Verbreitung der Parteipresse größer geworden. Die Volksstimme und die Nepszava wurden vergrößert. Es erscheint jetzt auch ein Wochenblatt in serbischer Sprache. Außerdem erscheinen noch in Preßburg, Temesvar und Fünfkirchen politische Parteiblätter. Die Zahl der Fachblätter hat sich um eines vermehrt und beträgt acht. Auch der Nepszava-Kalender erzielte einen großen Erfolg.

Frankreich.

Unternehmerschliche. Mit dem 1. April ist das Gesetz Millerands über die Arbeitszeit in sein zweites Stadium getreten. Die bisher 11stündige Normalarbeitszeit weicht der 10½stündigen.

Indes tritt diese gesetzlich bestimmte Arbeitszeit nur für einen Teil der industriellen Betriebe ein, nämlich nur für solche, die gemischtes Personal haben, d. h. in denen Männer, Frauen und jugendliche Arbeiter beschäftigt sind.

Die Unternehmer benutzen nun diese Bestimmung, um ihre Betriebe nach Möglichkeit dem Gesetze zu entziehen. Sie beschäftigen nämlich die verschiedenen Kategorien der Arbeiterschaft, Männer, Frauen und Jugendliche, wenn es eben technisch möglich ist, in verschiedenen Räumlichkeiten und behaupten, jetzt sei ein „gemischter Betrieb" nicht mehr vorhanden, denn nicht darauf komme es an, ob das ganze Etablissement, sondern darauf, ob die einzelnen Werkstätten „gemischtes Personal" haben. Der Handelsminister Millerand hat gegen diese famose Gesetzesauslegung, die einfach Gesetzesumgehung bedeutet, bisher nichts unternommen. Die revolutionären Sozialisten behaupten geradezu, er habe diese Umgehung im Jahre 1900 schon sanktioniert, indem er einer Deputation von Buchdruckereibesitzern erklärte, sein Gesetz erstrecke sich im engeren Sinne auf Arbeitswerkstätten mit gemischter Arbeiterschaft.

Wo die Fabrikanten wegen der technischen Verfassung ihrer Betriebe das Gesetz nicht umgehen können, sind vielfach Streiks ausgebrochen, da die Fabrikanten den Arbeitern zumuten, bei der verkürzten Arbeitszeit zu den alten Stundenlöhnen zu arbeiten. Namentlich in der Textilindustrie von Reims, Roubaix und Aubenas sind Lohnbewegungen im Gange.

Türkei.

In **Makedonien** nimmt die revolutionäre Bewegung der Bulgaren gegen die Türken und die anderen christlichen Volksstämme ihren Fortgang. Aus dem Vilajet Saloniki werden schwere Gewaltthaten bulgarischer Banden gemeldet. Mehrere Dörfer wurden gebrandschatzt. Es kam dabei auch zu Scharmützeln mit dem türkischen Militär. Ein hervorragender Serbe wurde ermordet. Ein Belgrader Blatt verzeichnet das noch unbestimmte Gerücht von einem Zusammenstoß zwischen Bulgarenbanden und türkischem Militär, wobei 250 Bulgaren gefangen genommen worden seien.

Nach einer Meldung der Wiener Ztg. aus Sofia sind dort ca. 170 Delegierte der makedonischen Revolutionäre zu einer geheimen Beratung versammelt; ihre Beschlüsse dürften für die weitere Entwickelung in Makedonien entscheidend werden.

Die türkische Regierung trifft umfassende militärische Vorbereitungen. Es erfolgt eine wahre Mobilmachung. Bis jetzt sind zwanzig Reservebataillone ausgerüstet, die in den Grenzvilajets schon ausgehoben sind; vier sind heute aus Anatolien via Smyrna Rodosto angekommen und nach der rumelischen Grenze dirigiert, weitere Verstärkungen sollen folgen. In den Kreisen der Pforte hat man den Ernst der Lage in Makedonien erkannt, glaubt aber, daß das Truppenaufgebot genügt, bewaffnete Konflikte zu verhüten.

Süd-Afrika.

Ueber die Friedensbemühungen liegen folgende Meldungen vor: Krüger erhielt günstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze, sowie die Versicherung, daß ohne sein Wissen sowie seine Genehmigung keinerlei Unterhandlungen, viel weniger noch Abschlüsse mit Wolseley getroffen wurden. Steijn sowie Delarey mißtrauen den Engländern und drängen auf entschiedene Fortsetzung der Operationen, da die Unabhängigkeit von den Engländern noch nicht zugestanden wird, ein ausdauernder Waffenstillstand gegenwärtig aber nur dem Feinde zu gute kommen würde. Unterdessen setzt eine befreundete Macht die Bemühungen fort, den König Eduard zu Zugeständnissen in der Unabhängigkeitsfrage zu bestimmen. Alle Meldungen, Kuyper veranlaßte die Mächte zu einer Intervention, und sämtliche Staaten, mit Ausnahme Deutschlands, hätten ihre Zustimmung gegeben, wurden als entschieden unwahr bezeichnet. Kuyper bemüht sich nur, eine Basis zu finden, auf der Verhandlungen Erfolg versprechen, ohne indessen die Mächte zur Teilnahme aufzufordern.

Nach Londoner Meldungen aus Pretoria verlautet dort gerüchtweise, die Bemühungen Schalk Burgers, die im Felde stehenden Burenführer zur Annahme der Autonomie anstatt der völligen Unabhängigkeit zu bewegen, seien resultatlos geblieben. Die Generale lehnten das Kompromiß ab und beharrten auf der unbeschränkten Unabhängigkeit.

Aus Kroonstadt wird vom 6. April gedrahtet: Obgleich Schalk Burger sich jetzt in Verbindung mit Steijn bei Delarey befindet, haben die Verhandlungen infolge der großen Entfernung beider Teile keinen großen Fortschritt gemacht. Die verhandelnden Parteien sind übereingekommen, daß die Delegierten von Transvaal sich bald von Kroonstadt nach einem anderen Punkte begeben sollen, um die Verhandlungen zu erleichtern. Es scheint zweifelhaft, ob sich De Wet bei Steijn befindet.

Die neueste englische Schlappe. Zum letzten Gefecht Delareys beim Hartsfluß erklärte Dr. Leyds, besondere Bedeutung gewinne dieser Fall durch die Anwesenheit Steijns und der Friedensunterhändler bei Delareys Kolonne. Vom kriegerischen Standpunkt aus sei dieser Erfolg um so größer, als Botha Natal bedrohe, da die Engländer ihre Hauptmacht gegen Delarey konzentrieren müssen. Dr. Leyds betonte, daß die Buren im Westen der Kapkolonie eine starke Position inne haben und über eine große Anzahl gut bewaffneter Truppen verfügen, indes vermied es Dr. Leyds, die Forderung der Unabhängigkeit sicher zu bestimmen.

Entgegen der Meldung des Londoner Kriegsamts verlautet in Brüsseler Burenkreisen, daß die Engländer bei den Kämpfen bei Hartriver mindestens 250 Mann an Toten und Verwundeten verloren haben, die Gefangenen gar nicht gerechnet, da dieselben sofort von den Buren freigelassen worden sind.

Immer mehr des Grauenhaften rollt die Berichterstattung über die Thaten der vermeinten australischen Offiziere auf. Diese Herren haben das Morden schier systematisch betrieben. Und nicht bloß Buren mordeten sie. Der Morning Leader berichtet:

„Nach kurzer Zeit rückte der größte Teil des Regiments unter Kapitän . . ., in die Buschveldgegend. Major Lenehan blieb in Pietersburg zurück. Die Bevölkerung ist natürlich dünn gesät; wer dort ein Verbrechen begeht, läuft kaum Gefahr, entdeckt zu werden, und Leutnant Hancock, der ohne Zweifel der Urheber dieser scheußlichen Verbrechen war, betrachtete diese Gegend als ein ihm zusagendes Arbeitsfeld. In Pietersburg war das Benehmen der Offiziere tadellos gewesen, die Gordon Highlander waren ja auch dort und außerdem vielleicht noch 250 Weiße; aber bald nachdem die Buschgegend betreten war, entdeckte Kapitän Robinson und die Leute der A-Schwadron, daß sich unter den übrigen Offizieren eigentümliche Elemente befanden.

Kapitän . . . pflegte die Schwarzen abzuschießen wie Kaninchen. Hier ein Beispiel. Einmal unterhielt er sich mit einem Kameraden — ein Schwarzer stand in der Nähe. Als der Kapitän ihn bemerkte, zog er seinen Revolver und schoß ihn ohne jeden Grund tot, steckte den Revolver wieder ein und schwatzte weiter, als wenn nichts vorgefallen wäre. Die Eingeborenen nannten ihn „Bulala", womit der Zulu „Töten" oder „Morden" bezeichnet. Die Mannschaften bemerkten auch, daß, wenn Kapitän . . . oder Leutnant Hancock Groll gegen einen Soldaten hegten, sie diesen beauftragten, auf der rechten Flanke zu patrouillieren, und von diesem Gang kehrte der Betreffende selten zurück. Er mag natürlich von einem Löwen gefressen worden sein oder von einem Buren erschossen, jedenfalls wurden zuweilen Schüsse gehört; doch man hatte sich seine eigenen Ansichten über solche Vorfälle gebildet, und wenn Leute der A-Schwadron auf die rechte Flanke kommandiert wurden, waren sie so vorsichtig, ein paar Kameraden mitzunehmen und sehr genau Kapitän . . . und Leutnant Hancock zu beobachten."

Es folgt dann noch die eingehende Darstellung der Ermordung der zehn Buren und des deutschen Missionars, den man aus Furcht vor Entlarvung einfach niederknallte. Der verwundete „Boy" des Missionars entkam und erstattete dem deutschen Konsul Bericht über den Mord, worauf dieser die endliche Festnahme und Bestrafung der Massenmörder in Offiziersuniform veranlaßte. Wäre der Missionarsmord nicht erfolgt, hätte der deutsche Konsul nicht eingreifen müssen, so hätten die Offiziere möglicherweise, ja wahrscheinlich noch heute ihr Mordhandwerk weiter, um nach Beendigung des Krieges als verdiente, ordengeschmückte Veteranen entlassen zu werden! Denn was im Buschveld passierte, hätte die Kriegsleitung schwerlich erfahren, und in der Garnison spielten die Ehrenmänner ja die tadellosen Gentlemen!

Diese Gentlemen geben einen guten Begriff von der „veredelnden Wirkung des Krieges". Und ihre Thaten sind jedenfalls nur einige unter vielen, die in den „dünn bevölkerten Gegenden" geschehen. Der südafrikanische Krieg scheint dem Hunnenzug nicht viel nachzugeben!

Eine Meldung aus Plymouth, der englischen Hafenstadt, liefert folgenden Beitrag zu dem grausigen Kapitel: Die an Bord des Dampfers Tauro aus Südafrika eingeschifften Offiziere erklären, im ganzen seien 31 Anträge auf Beurlaubung australischer Offiziere eingereicht worden, darunter nicht weniger als 7 wegen **Ermordung von Frauen und Kindern.**

Nord-Amerika.

Das Land der Freiheit. Aus New-York wird vom 5. April gemeldet: Der Gouverneur Odell unterzeichnete ein Anarchistengesetz, das für den Staat New-York die Verkündigung der anarchistischen Doktrin in Wort und Schrift mit 10 Jahren Zuchthaus (!) oder 5000 Dollar bestraft. (!) Verleger und Redakteure anarchistischer Veröffentlichungen sollen zwei Jahre Gefängnis oder 2000 Dollar Strafe erhalten. Eine gleiche Strafe trifft diejenigen, welche künftighin in ihren Räumen Anarchisten Unterschlupf gewähren.

Die Meldung klingt fast unglaublich! Selbst das deutsche Sozialistengesetz hat die bloße Kundgebung einer den Herrschenden unbequemen Gesinnung nicht mit Strafe belegt. Aber die Yankees scheinen um den Ruhm der Inquisition zu geizen! Noch ist ja der wahnwitzige Vorschlag nicht Gesetz und wir nehmen zur Ehre der New-Yorker Gesetzgeber an, daß er es auch niemals werden wird; jedenfalls ist es aber bezeichnend, daß eine solche Vorlage überhaupt an das Parlament gelangen kann. Wenn die bürgerliche Gesellschaft, um sich gegen die Folgen ihrer Sünden zu wahren, schon die Gewissensfreiheit, dies Paradestück des Liberalismus, antastet, dann muß es schlecht um sie stehen.

Kleine Nachrichten aus dem Auslande. Ueber die Verschickung des Bischofs von Wilna nach Twer ist dem römischen Kurier mitgeteilt worden, daß der Fall der dritte derartige sei, der sich in kurzer Zeit ereignet habe. — In Amerika hat die Burenbewegung einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die amerikanische Regierung hat sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung genötigt gesehen, eine Untersuchung gegen die englischen Werbebureaus zu eröffnen.

Handel und Wandel.

Konkurs der Leipziger Bank. Der heute erschienene Bericht der Konkursverwaltung der Leipziger Bank über die Verwaltung und Verwertung der Masse für die Zeit von der Konkurseröffnung bis zum 15. Februar 1902 weist einen Kassenbestand von 6 898 358 M. auf. Die Einnahmen beziffern sich auf 34 076 616 M., die Ausgaben auf 27 180 258 M. Der Bericht erwähnt, daß beim Ausbruch des Konkurses in der Verwahrung der Bank fremde Wertpapiere im Nominalbetrage von 270 778 670 M. waren, deren Auslieferung in geordneter Weise erfolgte. Die Massekosten betrugen 218 061 M. Die Masseschulden belaufen sich auf 1 975 069 M. Zur Konkurstabelle sind bisher insgesamt 166 126 M. bevorrechtigte und 94 232 675 M. nichtbevorrechtigte Forderungen angemeldet. Hiervon wurden zunächst 817 M. mit Vorrecht und 74 177 862 M. ohne Vorrecht anerkannt. Bei der ersten Abschlagsverteilung waren insgesamt 74 355 188 M. zu berücksichtigen. Zur Auszahlung gelangten 21 989 126 M. Die Konkursverwaltung schätzt die Eingänge der noch vorhandenen Vermögensobjekte der Konkursmasse auf insgesamt etwa 25 258 000 bis 32 100 000 M. Eine genaue Schätzung wird für unmöglich erklärt. Die baren Eingänge aus den Werten, die in den Besitz der Leipziger Bank auf Grund ihrer Verbindung mit der Kasseler Trebertrocknungsgesellschaft nebst Anhang gelangt sind, betragen 154 168 M. Die Anzahl der Gläubiger der Bank wird auf rund 8000, die Anzahl der Anmeldungen auf über 11 000 beziffert. Der Gläubigerausschuß hielt bisher 48 Sitzungen ab. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse glaubt die Konkursverwaltung die Gesamtdividende für die nichtbevorrechtigten Gläubiger auf nicht weniger als 60 Proz. und nicht mehr als 65 Proz. schätzen zu dürfen, so daß noch 30 bis 35 Proz. zur Verteilung gelangen werden.

Zur Beurteilung der Syndikate. Eduard Bernstein schreibt in seiner neuesten Broschüre: Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgabe der Volkswirtschaft (Berlin, Soz. Monatsh.) u. a. folgendes: „Die Natur der kapitalistischen Unternehmung erlaubt dem Lohn nur ein sehr langsames Steigen, denn um zu bestehen und sich fortzuentwickeln, braucht die Unternehmung den Profit, und solange der Profit nicht verschwindet, bleibt die Lohnhöhe dem von ihm ausgehenden Druck ausgesetzt. Nun ist allerdings in der modernen Wirtschaft eine Tendenz zum Herabdrücken der Profitrate vorhanden. Wenn wir die Profite der früheren Epochen der kapitalistischen Produktion mit denen der Gegenwart vergleichen, so werden wir finden, daß sie im Verhältnis zum angelegten Kapital heute erheblich niedriger sind, als ehedem. Wir sehen aber heute auch Kräfte aller Art am Werke, ein weiteres Sinken der Profitrate zu verhindern. Solche Kräfte, die Profitrate künstlich auf einer gegebenen Höhe zu halten, sind vor allem die kapitalistischen Trusts und Syndikate, und es hieße sich einer großen Täuschung hingeben, wenn man glaubt, daß sie schon aus rein wirtschaftlichen Gründen dies auf die Dauer nicht durchführen könnten. Mindestens für eine sehr lange Zeit scheinen sie im Gegenteil die besten Aussichten in dieser Hinsicht zu haben, und wir müssen jedenfalls mit dieser Möglichkeit rechnen und uns vergegenwärtigen, was für die Volkswirtschaft und ihre Aufgaben ein derartiger Erfolg der Syndikate zu bedeuten haben würde.

Eine Hochhaltung der Profitrate, dies leuchtet ohne weiteres ein, hat ein entsprechendes Stagnieren (Stehenbleiben) der Löhne zur Folge, sei es der Geldlöhne oder, was noch schlimmer, der Reallöhne, d. h. des Anteils am Ertrage der Volkswirtschaft, der der Arbeiterklasse in Form von Verbrauchsgütern zufließt. Es liegt auf der Hand, daß die Höhe des Geldlohnes gleichgültig ist, so lange der Reallohn steigt. Untersuchen wir aber, wodurch die Syndikate den Profit auf der gegebenen Höhe halten, so werden wir finden, daß ihr beliebtestes Mittel künstliche Hochhaltung der Preise ist. Das kapitalistische Syndikat hat hier genau dieselbe Tendenz, wie sie einst die Zünfte hatten, nur daß es mit ganz anderer wirtschaftlicher Macht ausgestattet ist."

Aus einer Privatenquete, die die Berl. Morgenpost im rheinisch-westfälischen Industriegebiet veranstaltet, geht hervor, daß dort die Syndikate geradezu schon die normale Form der schweren Industrien geworden sind. Die einander entgegenstehenden Interessen der Eisen- und Kohlensyndikate an den Kohlenpreisen hat man dadurch zu versöhnen gesucht, daß die Kohlensyndikate hohe Beihilfen an die Eisensyndikate gaben, damit diese billig ins Ausland verkaufen können. „Wie ich aus guter Quelle höre, machen diese Beihilfen drei Viertelle der gesamten Eisenausfuhrprämien aus. Auf diese Zuwendung haben sich die Kohlensyndikate bisher berufen, wenn sie sich gegen Preisherabsetzungen sträubten; sie haben aber ja nun doch noch eine Preisherabsetzung zugestehen müssen, die am 1. April in Kraft trat: Fettkohlen wurden um 50 bis 100 Pfennig für 1000 Kilo, Magerkohlen um 1½ Mark und mehr billiger."

Zu diesen beiden Ziffern tritt ein Interessengegensatz innerhalb des Kohlensyndikats in die Erscheinung. In den guten Jahren ist jede Kohle, die zu haben war, abgenommen worden. Jetzt, da gute Kohlen genug vorrätig sind, werden die mageren Sorten nicht begehrt, die Zechen, die fast oder ganz ausschließlich Magerkohle produzieren, kommen dadurch ins Gedränge. Das Syndikat machte nun viel Aufhebens davon, daß die großen Zechen, wenn sie kein Syndikat mit den kleineren Magerkohlenzechen vereinigte, diesen jetzt allen Verdienst wegnehmen könnten, während das Syndikat trotz der härteren Ermäßigung der Verkaufspreise für Magerkohlen diese den produzierenden Zechen höher anrechnet. Die reicheren Werke opfern also etwas für die ärmeren — selbstverständlich allein aus dem Grunde, weil diese sonst mit Schleuderproduktion den Markt ruinieren würden. Durch diese Syndikatspolitik ist bis jetzt gelungen, die auseinandergehenden Interessen, die immer wieder zu Streitigkeiten geführt haben, zu versöhnen, ganz ähnlich wie durch Beihilfen zu den Eisen-Exportprämien die Interessengegensätze zwischen Eisen und Kohle verkleinert worden sind.

Während alle diese Gegensätze für jetzt einigermaßen ausgeglichen sind, besteht auch eine andere Gefahr für die Zechen: Eben jetzt sind die zahlreichen neuen Anlagen betriebsfähig geworden, da sowohl die großen wie die kleinen Zechen in der guten Zeit zu bauen begonnen haben. Jede Zeche sucht soviel neue Schächte wie möglich anzumelden und dafür eine neue Beteiligung am Syndikat zu erlangen. Ueber diese ins Einzelne gehenden Ansprüche zu entscheiden, ohne daß das Syndikat gefährdet wird, ist nicht leicht. Werden erhebliche neue Einzel-Anteile an der Förderung zugestanden, so muß natürlich die allgemeine Einschränkung der Gesamtförderung auf einen um so größeren Prozentsatz steigen. Das Syndikat forciert die Briketfabrikation, um die Magerkohle in ein besseres Produkt umzuwandeln. Besonders sind Anlagen der Art in den von der ausländischen Konkurrenz umstrittenen Küstenbezirken geplant. Beruht die Politik der Syndikate auf der Vereinbarung über die Eisenausfuhrprämien, so liegt es nahe, daran zu erinnern, daß diese Ausfuhr auch trotz der Prämien abhängig ist von der amerikanischen Konjunktur. Man versucht wohl darauf hinzuweisen, daß wir technisch in manchen Stücken den Amerikanern überlegen seien. Aber es handelt sich nicht um den Vergleich der technischen Vollendung, sondern weit mehr um den Kapitalmarkt und den Eisenmarkt in Amerika und darum, daß bei dem sich immer deutlicher ankündigenden Krach in Nordamerika die amerikanischen Syndikate in noch weit größerem Stile als die deutschen die Ausfuhr forcieren müssen und werden, während jetzt bei der Eisen-Hochkonjunktur in Amerika die amerikanische Ausfuhr zurückgegangen, die Einfuhr gestiegen ist. Eine Aenderung dieses Marktverhältnisses muß die deutsche Ausfuhr nach England, Belgien, der Schweiz, dem Orient, Ostasien usw. lahm legen. In der That ist bei der geschilderten Sachlage zu schließen, daß mit der Grundlage des mühsam erzielten Interessenausgleiches der Syndikate, dem Eisenexport durch Prämien aufzuhelfen, die Interessengemeinschaft dieser Syndikate selbst in die Brüche gehen muß. Wir leben von der amerikanischen Konjunktur!

---

zu prüfen, ob sie nicht vielleicht selbst mit daran schuld sei, daß das rechte Glück nicht einkehren wollte in ihre Ehe. Sie sagte sich, daß sie doch vielleicht ihre Forderungen zu hoch gestellt und deshalb nicht den rechten Weg zum Herzen ihres Gatten gefunden habe. Sie bemerkte mit Erstaunen, daß Aribert, seit Hedwig im Hause war, stets heiterer, gleichmäßiger Stimmung und auch ihr gegenüber rücksichtsvoller und liebenswürdiger geworden war. Das alles trug dazu bei, den schweren Druck von ihrer Seele zu nehmen, und seitdem erholte sie sich auch körperlich trotz der grünen Salbe und der orangefarbenen Mixturen des Herrn Kreisphysikus. Seit Anfang Februar war sie wenigstens im stande, einige Stunden außer dem Bett zuzubringen, und als Hedwig etwa fünf Wochen im Hause war, konnte sie sogar wieder an den Mahlzeiten teilnehmen und ein wenig in den Zimmern herumgehen. Was ihr eigentlich fehlte, wußte freilich immer noch kein Mensch.

Um Mitte Februar begann sich Frau Hedwig doch fortzusehnen. Es war eine ganze Woche lang so schlechtes Wetter gewesen, daß sie kaum einen Schritt aus dem Hause hinausgekommen war. Da fing sie denn plötzlich an, sich zu langweilen und sich ihrer heiligen Pflichten gegen ihr Konradchen und gegen ihre Kunst zu erinnern. Herr Heilbott hatte ihr auch geschrieben, daß es seinen Bemühungen wohl gelingen würde, ihr eine Gelegenheit zum Auftreten in der Privattheatergesellschaft „Urania" zu verschaffen. Und nun war sie Feuer und Flamme für diese Idee. Besonders weil sie hoffte, daß auch Heinrich, wenn er sie nur erst einmal spielen gesehen habe, sein beleidigend ironisches Verhalten aufgeben würde. An ihre Stelle als Krankenpflegerin sollte nunmehr Fräulein Karola treten, die noch nie in ihrem Leben so lange von Berlin ferngewesen war und mit um so größerer Sehnsucht heim verlangte, als sie ihre Bemühung um Heinrich Schönbeck nach dreimonatlichem Aufenthalt in Tegel endlich doch als hoffnungslos aufgegeben hatte und sich gegenwärtig von Schwester Eva empörend behandelt fühlte.

(Fortsetzung folgt.)

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands,

der im Anschluß an den Kongreß abgehalten wurde, war von 19 [illegible] gierten besucht, die 2087 Mitglieder vertraten.

Aus dem Bericht des Hauptvorstandes geht hervor, daß die Organisation in der kurzen Zeit seit ihrer Gründung, die am 1. Juli 1900 erfolgte, recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Gegenwärtig bestehen 32 Verwaltungsstellen mit über 2100 Mitgliedern.

Der Kassenbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 6030,40 M. Davon entfallen bei den Einnahmen 1180,30 M. auf Eintrittsgelder, 1193,50 M. auf Wochenbeiträge, 141,14 M. auf die Presse, 1882,00 M. auf sonstige Einnahmen der Lokalkassen und das übrige auf diverse kleinere Posten. Die Ausgaben beziffern sich mit 1767,80 M. auf das Fachorgan, 1214,75 M. auf Agitation, 764,85 M. für Drucksachen, Mitgliedsbücher usw., 182 M. Gemaßregelten, 112,83 M. Reise- und 11 M. Reiseunterstützung, 317,40 M. Zuschüsse an Lokalkassen, 29,75 M. diverse Ausgaben, 1049,58 M. Verwaltungskosten der Hauptkasse und 2801,08 M. desgleichen der Lokalkassen. Ein Kassenbestand war am 31. Dezember 1901 in der Hauptkasse und in den Verwaltungsstellen 1220,62 M. vorhanden.

In der ausgedehnten Diskussion wurde eine scharfe Kritik an der Thätigkeit des Vorstandes geübt und vor allem die unter den Vorstandsmitgliedern zu Tage getretenen Differenzen scharf getadelt. Auf die Agitation eingehend, verlangten die einzelnen Redner, daß sparsamer gewirtschaftet und [illegible] gemacht, [illegible] mehr Kolportage von Mund zu Mund getrieben werden solle.

Bei der Statutenberatung wurden sämtliche Anträge, die eine Aenderung des Unterstützungswesens bezweckten, abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die bisherigen freiwilligen Beiträge fallen zu lassen und dafür den Wochenbeitrag von 15 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen und eine vierteljährliche Lokalbeitrag von 25 Pf. zu erheben. Diese Aenderung soll mit dem 1. Juli in Kraft treten. Ein weiterer Antrag, der den Verwaltungsstellen das volle Drittel der Wochenbeiträge belassen und die von den Lokalverwaltungen erzielten Ueberschüsse nicht dem Hauptkassierer übermitteln wissen will, wurde gleichfalls angenommen.

Weiter wurde der Einrichtung eines Verbandsbureaus allseitig zugestimmt. Zu der als notwendig anerkannten Anstellung eines Beamten konnte man sich jedoch erst entschließen, als der Vertreter der Generalkommission für eventuelle finanzielle Schwierigkeiten des Verbandes die Hilfe der Generalkommission in Aussicht gestellt hatte. Ferner wurde verlangt, daß der anzustellende Beamte ein Berufskollege sein und dann die Agitation betreiben, Bureauarbeiten machen und das Fachorgan redigieren soll. Die Beschlüsse ergaben die Beibehaltung des Sitzes des Verbandsvorstandes in Berlin, die Einrichtung eines Bureaus für die Hauptverwaltung und die Anstellung eines besoldeten Beamten. Das Gehalt desselben wurde auf 1500 M. festgesetzt und Kollege Hensel-Berlin als Beamter und Verbandsvorsitzender gewählt. Die Diäten der Delegierten wurden auf 6 M. und das Mankogeld des Hauptkassierers auf 5 M. monatlich festgelegt und die Kassierverwaltung der Ortsverwaltung Berlin übertragen.

Im weiteren wurde noch beschlossen, sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzugliedern und einen Delegierten zum Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Als solcher wurde Paul Hensel-Berlin gewählt. Der Antrag Neumünster: Eine größere Agitation zur Sammlung von Unterschriften für eine Petition an den Reichstag und Bundesrat, behufs Besserung der Lage der Fleischergesellen vorzunehmen, wurde dem Vorstand als Material überwiesen. In Bezug auf die Agitation unter den Kollegen wurde Deutschland in sieben Bezirke eingeteilt, und zwar mit den Vororten: Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Bremen, Hamburg und Kiel. Der nächste Verbandstag soll in Hamburg abgehalten werden.

9. Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Nach weiterer reger Diskussion beschäftigte sich Kollege Simon mit den gegen den Vorstand gerichteten Vorwürfen. Der Vorstand sei überzeugt, daß er nichts gethan habe, was zum Schaden der Organisation gewesen wäre. Durch das Zirkular in betreff der Maifeier, das an die Vertrauensleute der Zahlstellen gesandt worden ist, sollte die Maifeier nicht eingedämmt werden. Auch mit dem Zirkular bez. der Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung wollte der Vorstand nur Aufklärung schaffen. Ein Antrag, dem Vorstand eine Rüge zu erteilen, wurde abgelehnt und dem Gesamtvorstand einstimmig Decharge erteilt. Angenommen wurde der Antrag Weißenfels: „Den anläßlich der Differenz über Auszahlung von Wöchnerinnenunterstützung der Zahlstelle Weißenfels zugeschriebenen Kassenbestand auf den wirklichen Betrag herabzusetzen."

Ueber die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung referierte Kollege Kühle, Kollege Nowag-Stranzberg war Korreferent.

Nach äußerst reger Diskussion wurden die Anträge des Vorstandes auf obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in namentlicher Abstimmung erledigt.

Die obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurde mit 29 gegen 21 Stimmen abgelehnt. — Die Arbeitslosenunterstützung allein wurde mit 40 gegen 7 Stimmen, die obligatorische Einführung der Krankenunterstützung wurde mit 31 gegen 21 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag, eine Urabstimmung für beide Unterstützungszweige vor der nächsten Generalversammlung vornehmen zu lassen, einstimmig angenommen.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: Ausgestaltung der Agitationskommission bezw. Anstellung besoldeter Bezirksbeamter, referierte Kollege Hauk-Magdeburg. Beschlossen wurde, nach Bedarf Bezirksbeamte anzustellen und sie aus der Hauptkasse zu besolden. Der österreichischen Bruderorganisation wird zur Agitation ein Betrag von 800 M. überwiesen.

Beim sechsten Punkt der Tagesordnung: Die Bedeutung der Tarifgemeinschaft für den Verein deutscher Schuhmacher begründete Kollege Bock folgende Resolution: „Die in dem Verein deutscher Schuhmacher organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen halten an der Auffassung der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Tarifgemeinschaft für die Schuh- und Schäfteindustrie, wie für das Schuhmachergewerbe fest und verpflichten sich, mit aller Energie für die Einführung derselben zu wirken."

Die Tarifgemeinschaft bestehe in Deutschland schon für eine ganze Reihe von Gewerben und in Australien, England und einem Teil Nordamerikas sei dieselbe auch für die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeführt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatten die Vorteile der Tarifgemeinschaft offen anerkannt und durch die Thatsachen seien die Einwendungen der Gegner widerlegt worden.

Auf Antrag der Beschwerdekommission wird der Witwe des verstorbenen Kunak eine Unterstützung von 100 M. zugewiesen. Ferner wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die Anstellung der Bezirksbeamten erfolgt zunächst auf ein Jahr auf Probe. Das Anfangsgehalt beträgt 1500 M. jährlich und steigt bis zu 2100 M. in 15 Jahren. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung nach den diesbezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung genaue Anstellungsbedingungen vorzulegen.

2. Die Generalversammlung wolle beschließen: Die Zahlstellen deren Beamten des Vereins nach den vom Gewerkschaftskongreß zu beschließenden Bedingungen der in Aussicht genommenen Pensionseinrichtung zu versichern mit der Maßgabe, daß die Vereinskasse die Hälfte der Beiträge zahlt, während die andere Hälfte der Versicherte selbst zu tragen hat. Gleichzeitig wird empfohlen, bei dem Gewerkschaftskongreß zu beantragen, dem § 4 des Entwurfs der Generalkommission betr. Pensionierung der Gewerkschaftsbeamten hinzuzufügen: Nach vollendetem 60. Lebensjahre, sofern der Versicherte darauf anträgt und dies von dem Vorstand seiner Organisation befürwortet und bescheinigt wird, daß der Antragsteller zur Ausübung seiner ihm obliegenden Pflichten nicht mehr fähig ist.

Einstimmig und ohne Debatte beschloß die Generalversammlung ferner: Unter Anerkennung der großen Verdienste, welche sich Kollege Siebert während seiner langjährigen Thätigkeit in der Organisation für dieselbe erworben hat, dem Kollegen Siebert infolge seiner zerrütteten Gesundheitsverhältnisse ein Ruhegehalt von jährlich 1200 M. auszusprechen, mit dem Wunsche, daß wenn es der Zustand des Kollegen Siebert gestattet, auch ferner der Organisation seine Dienste zu widmen.

Kollege Siebert versprach, den letzten Wunsch, so weit ihm dies möglich, zu erfüllen.

11. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Mittwoch Vormittagssitzung.

Nach Erledigung des Punktes Presse tritt die Versammlung in die Verhandlung des Punktes Tarifverträge ein. Referent ist der Vertreter der Generalkommission, Genosse Umbreit. — Die Tarifverträge sind ein Produkt der höheren Gestaltung der Gewerkschaften und der erfolgreicheren Führung ihrer Kämpfe. Sie haben zu Voraussetzungen starke Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter, die sich der schweren Folgen der Streiks bewußt und bestrebt sind, die Arbeitsbedingungen durch friedliche Verständigung zu sichern. Indes hänge die Aufrechterhaltung dieser Verträge sowohl von der Vertragstreue der Unternehmer als auch der Arbeiter unter sich ab. Sie sind rechtlich verfolgbar nur gegenüber den Gegenkontrahenten, nicht aber gegenüber den Beteiligten der eigenen Partei. Es sei nicht zu befürchten, daß Tarifverträge den Massenkampf der Arbeit abschwächen oder die Gewerkschaft in den Hintergrund drängen. Ohne unabhängige Organisationen der Arbeiter bleibt der beste Tarifvertrag ein wertloses Stück Papier; seine Wirksamkeit ruht nur auf einer kampfbereiten Gewerkschaft. Der Referent verweist auf den Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses und ersucht, den Verband zu kräftigen, dann werde das Unternehmertum statt Kämpfe zu provozieren tarifliche Vereinbarungen abschließen.

Nachmittagssitzung.

In der Diskussion über das Umbreitsche Referat sprechen sich sämtliche Redner im Sinne der eingebrachten Resolution aus, die dann auch einstimmig angenommen wird.

Es folgt der Punkt „Agitation".

Mahler-Hamburg (Referent) führt aus: Ein wichtiges Werbemittel sei die soeben angenommene Arbeitslosenunterstützung. Ueberhaupt spiele das Unterstützungswesen eine große Rolle in der Agitation. Besonderes Hauptgewicht müsse auf die mündliche Agitation gelegt werden, erst in zweiter Linie auf die Agitation durch die Presse. Diese könne jedoch erst weiter ausgebaut werden, wenn die Anstellung eines zweiten besoldeten Beamten erfolgt sei. Der bisherige Redakteur, der zugleich auch Verbandsvorsitzender und Kassierer ist, sei zu überlastet. Von der Anstellung eines zweiten Beamten sei wesentlich die Agitation für die nächste Zeit abhängig.

Donnerstag-Vormittags-Sitzung.

Nach Beendigung des Punktes „Agitation" wird in die Beratung der in großer Zahl vorliegenden Anträge über Statutenänderungen eingetreten. Die Anträge betreffen meistens innere Verbandsangelegenheiten und entbehren des allgemeinen Interesses.

Nachmittags-Sitzung.

Zuerst erstattet Bock-Altona den Bericht der Statutenkommission, die alle zur Arbeitslosenunterstützung gestellten Anträge durchberaten hat. Die Kommission schlägt vor, den Beitrag auf 35 Pf. zu erhöhen und die Unterstützung wie folgt aufzustellen:

Die Ortsunterstützung wird in 52 aufeinander folgenden Wochen für höchstens 36 Wochentage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedsdauer von über

52	Wochen	pro Tag	1,00,	pro Woche	6,00,	insgesamt	36,00	Mark
104	"	" "	1,20,	" "	7,20,	"	43,20	"
156	"	" "	1,35,	" "	8,10,	"	48,60	"
260	"	" "	1,50,	" "	9,00,	"	54,00	"

Diese Unterstützung kann auch auf der Reise in Form von Taggeldern gewährt werden und zwar bei einer Mitgliedsdauer von über

52	Wochen	pro Tag	0,75	Mark	48	Tage,	insgesamt	36,00 Mark
104	"	" "	0,75	"	57	"	"	43,20 "
156	"	" "	0,75	"	64	"	"	48,00 "
260	"	" "	0,75	"	72	"	"	54,00 "

Diese Sätze werden nach langer Debatte mit einigen von Beiswenger-Berlin beantragten Erhöhungen für auf der Reise befindliche Mitglieder angenommen.

Sodann wird dem Antrage Schnelle-Brandenburg auf Anstellung eines zweiten Beamten zugestimmt. Das Gehalt für den ersten und zweiten Beamten wird auf 1800 M. festgesetzt, steigend bis auf 2100 M.

Freitag-Vormittags-Sitzung.

Die Verhandlungen beginnen mit den Wahlen der Vertreter zum Stuttgarter Gewerkschaftskongreß. Zu Vertretern werden Beiswenger-Berlin und Kenngott-Eßlingen gewählt. Ein Antrag, den Sitz des Verbandes von Berlin nach Offenbach zu verlegen, wird abgelehnt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wird Beiswenger-Berlin einstimmig wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt. Zum zweiten besoldeten Beamten wählte die Versammlung Mahler-Hamburg mit 15 Stimmen. Sieben Stimmen entfallen auf Kenngott-Eßlingen.

Es folgt Punkt „Verschiedenes". Als wichtigster Beschluß verdient die Einführung einer Sterbe-Unterstützung hervorgehoben zu werden. Dieselbe beträgt 25 M. und wird nach dreijähriger Mitgliedschaft ausgezahlt. Ein Antrag Beiswenger, diese Unterstützung auf 50 M. zu erhöhen, wird abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schließt Beiswenger die General-Versammlung.

Vermischtes.

Ein Eisenbahnzug im Schnee. Der große Nord-Expreß-Zug, der den Nordwesten Kanadas mit New-York verbindet, wurde in der Nord-Dakota-Prairie von einem furchtbaren Schneesturm überrascht und vollständig eingeschneit. Vier Tage und fünf Nächte lag der Zug fest, ohne daß es möglich gewesen wäre, die nächste Station zu benachrichtigen, daß 200 Passagiere ohne Feuer und [illegible] ohne Nahrung verzweifelt auf Erlösung aus ihrem Schneegrabe harrten. Als der vierte Tag anbrach, waren die von vornherein kargen Nahrungsmittel bereits vollständig verzehrt und nicht einmal Brot war mehr vorhanden. Die Kälte war so groß, daß viele Frauen und Kinder halb erstarrt und durch Hunger geschwächt jede Hoffnung aufgaben. Selbst zwei Männer wurden nach der Tage Ausdauer wahnsinnig infolge der ausgestandenen Leiden. Prof. Colgrove von der Staatsuniversität zu Washington versuchte Selbstmord zu begehen und durchschnitt sich den Hals. Da kein Arzt im Zuge sich befand, machte ein Elektriker einen verzweifelten Versuch, sich durch den Schneesturm hindurch die wenigen Schritte bis zur nächsten Telegraphenstange hindurchzuarbeiten und an ihr hinaufkletternd durch Zeichen die Aufmerksamkeit der nächsten beiden Telegraphenstationen nördlich und südlich von dem eingeschneiten Bahnzuge zu erregen. Prof. Colgroves Selbstmordversuch rettete seine 200 Mitleidenden. Die avisierten Stationen sandten bald darauf Schneepflüge, die den eingeschneiten Nord-Expreß befreiten. Prof. Colgrove aber wurde wahnsinnig in das Hospital von St. Paul gebracht.

Steinarbeiter.

Mittwoch den 9. April 1902, abends punkt 7 Uhr
im großen Saale des Trianons

Oeffentl. Versammlung

der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter von Dresden u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. **Berichterstattung von der Konferenz in Riesa.** 2. **Wahl von vier Delegierten zu dem Pfingsten 1902 zu Leipzig stattfindenden Steinarbeiter-Kongreß.** 3. **Anträge zum Kongreß u. Gewerkschaftliches.**

Zu jedem Punkt Debatte.

Werte Kollegen! Diese Versammlung ist von hoher Wichtigkeit. Es werden in dieser Versammlung Kollegen gewählt, die die Interessen der Dresdner Kollegen auf dem Kongreß zu vertreten haben. Aus diesem Grunde hat jeder Kollege in der Versammlung zu erscheinen, um von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Alle Platzvertreter haben für guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Um pünktliches Erscheinen aller ersucht

Der Vertrauensmann. Fetisch.

Oeffentliche Versammlung

der

Schneiderinnen u. Näherinnen

Donnerstag, 10. April, abends 9 Uhr, in Reinholds Saal, Moritzstr.

Tages-Ordnung:

Die Verhältnisse in der Schneiderei und deren gesundheitsschädigende Wirkung auf den weiblichen Organismus.

Referentin: Frau **Willy Kähler.**

Debatte für jedermann.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Einberuferin.**

Orts-Krankenkasse Heidenau.

Sonnabend den 12. April 1902, abends 8 Uhr

Ordentl. General-Versammlung

im **Sächsischen Gasthofe.**

Tages-Ordnung:

1. **Vorlegung der Jahresrechnung von 1901.**
2. **Verschiedenes.**

Der Vorstand. Joh. Fruth, Vors.

Neustadt's Knaben-Anzüge

einfache u. elegante Genres
zu bekannt billigsten Preisen

L. Neustadt
Wettinerstr. 81
Bischofspl. 6.

Schnellpressen-Monteure

werden bei hohem Lohne für dauernde Stellung **sofort gesucht.** Nur tüchtige Arbeitskräfte mit guten Zeugnissen wollen sich melden. In vorwiegend Verwendung bei Außenmontagen.

Bewerbungsschreiben unter P. 8 an die Exped. d. Bl.

Brauereihilfsarbeiter.

Mittwoch den 9. April, abends 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Gambrinus-Saale, Löbtauer Str.

Tages-Ordnung:

1. **Der Verbandstag, seine Bedeutung und Anträge.**
2. **Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß.**
3. **Gewerkschaftliches.**

Es wird erwartet, daß sämtliche Kollegen in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. **Der Einberufer.**

!Butter billiger!

Feinste Mecklenburger Tafel-Butter, in Stückchen u. ausgewogen, à Pfund von **1,20 M.** bis **1,30 M.**

Grosse Eier

2 Stück **9 Pf.**

Emil Schubert
23 Striesener Straße 23
38 Kurfürstenstraße 38.

Naturheilverein im Plauenschen Grunde.

Mittwoch, 9. April, abds. 8 Uhr im Gasthof z. Sächs. Wolf in Deuben

Vortrag

nur für **Frauen**
von Frl. **Ammacher,** Naturheilkundige in Dresden, über:

Ursachen, Verhütung und Heilung von Frauenleiden.

Gäste willkommen!

Polstergarnitur 35 M., Tisch 3 M., Ruhestuhl 5 M., Bettstelle mit Matratze 8 M., Sofa 9 M. z. verk. **Schäfferstraße 21, I.**

Zum Mitbewohnen e. besser möbl. H.-Schlafst. w. ein solider Herr gesucht Permoserstr. 9, IV, l. **Eing.**

Den Bewerbern um die ausgeschriebene Verkäuferstelle zur gefl. Kenntnis, daß dieselbe besetzt ist.

Consum-Verein Striesen.
Die Verwaltung.

Kinder- und Leiterwagen, billiger wie im Laden. Reparaturen u. Einzelteile. Josephinenstr. 11, Hh. I.

Herrsch. getr. **Herren-Kleider** verk. spottb. **Lebler,** Dohn. 8, III.

Wegzugs halber Säulensofa, Bettstelle m. Matr. sof. billig zu verk. Hopfgartenstr. 22, 1. Et.

Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Riem,** Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020407/4
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 78. | Dresden, Montag den 7. April 1902. | 13. Jahrgang.

Kommunal-Politik.

Die Arbeitslosenzählung in Charlottenburg und ihre Behandlung in der Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn des Winters wandte sich das in Charlottenburg bestehende Gewerkschaftskartell an den Magistrat mit der Anfrage, was er angesichts der bereits vorhandenen und beständig anwachsenden Arbeitslosigkeit zu thun gedenke. Der Magistrat antwortete in kühler Weise, ihm sei von einer besonders großen Arbeitslosigkeit nichts bekannt; das Gewerkschaftskartell möge doch genaue zahlenmäßige Unterlagen für seine Anfrage angeben. Auch in der Stadtverordneten-Versammlung, wo der Magistrat im Dezember 1901 über dieselbe Frage interpelliert wurde, behauptete er, gestützt auf die Veränderungen der Zahlen der bei den Charlottenburger Krankenkassen versicherten Arbeiter, daß die Arbeitslosigkeit keinen Anlaß zu irgend welchen Befürchtungen gäbe, wenn sie auch die im Winter regelmäßig eintretende Arbeitslosigkeit etwas überträfe.

Das Gewerkschaftskartell beschloß, zum Teil im Hinblick auf die Antwort des Magistrats, dann aber auch, weil die Behandlung der Arbeitslosenfrage nicht vorwärts kommen kann, so lange sichere statistische Unterlagen fehlen, eine allgemeine Zählung sämtlicher Arbeitslosen vorzunehmen. Der Obmann des Gewerkschaftskartells, der sich die Förderung des Unternehmens besonders angelegen sein ließ, Herr Grix, sowie die anderen Gewerkschaftsführer und Parteigenossen, die die Sache befürworteten, waren sich von vornherein darüber klar, daß eine solche Zählung nur sehr ungenaue, vor allem viel zu geringe Resultate liefern könne; liegt es doch in der Natur der Sache, daß da, wo der Zwang zum Antworten fehlt, nur mangelhaft und spärlich geantwortet wird. Trotzdem hielten sie für ihre Pflicht, die Angelegenheit in Angriff zu nehmen; in der Notwendigkeit der Arbeit selbst kann kein Zweifel bestehen. Regelmäßige Arbeitslosenzählungen in bestimmten nicht zu lang bemessenen Zwischenräumen werden daher in der nächsten Zukunft eine wichtige Aufgabe sein.

Da die städtischen Behörden ihrer Pflicht nicht nachkamen, hielten die Arbeiter für angebracht, ihrerseits die Zählung ins Werk zu setzen, um wenigstens einen ersten Anfang zu machen. Auch eine Beteiligung an dem Unternehmen lehnte der Charlottenburger Magistrat ohne Begründung ab; er erwiderte dem Gewerkschaftskartell auf seine Aufforderung nur, daß er Bedenken trage, sich an einer von privater Seite veranstalteten Zählung zu beteiligen. Es ist wohl anzunehmen, daß das Bedenken von der Furcht herrührte, einer ihrer Natur nach ungenauen Zählung durch Beteiligung gleichsam einen amtlichen Stempel aufzudrücken, eine völlig ungerechtfertigte Furcht, die von einem kleinlichen Sinne bei großen Aufgaben zeugt.

Unterdessen war auch in Berlin der Plan einer allgemeinen Arbeitslosenzählung für Berlin und sämtliche Vororte aufgetaucht, und man beschloß daher in Charlottenburg, die Zählung am selben Tage und in derselben Form vorzunehmen. Am 26. Januar wurden die Zählkarten ausgetragen, am 2. Februar wieder eingeholt; die Antworten auf die Frage nach der Arbeitslosigkeit beziehen sich auf den 1. Februar. Die Karten enthielten vier Einzelkarten, eine für den Haushaltungsvorstand und drei für im Haushalt wohnende erwerbsthätige Personen; für die Bearbeitung mußten sie natürlich auseinander geschnitten werden.

Auf die Fragen nach Geschlecht, Wohnung, Alter, Familienstand, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren, folgte die Frage, seit wann der Betreffende bereits im Orte wohne. Dann wurde nach dem Beruf gefragt, und hierauf folgte die Frage: Zu welchem Gewerbe sind oder waren Sie beschäftigt? Man hoffte, hierdurch feststellen zu können, wie stark der Prozentsatz der Arbeiter ist, der seinen ursprünglichen Beruf verlassen hat, darin arbeitslos geworden ist und vielleicht gelegentliche Arbeit hier oder da gefunden hat. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt; die Frage ist mit der vorhergehenden nach dem Beruf einfach zusammengeworfen worden. Vielleicht wäre es besser gewesen, vor dem Worte beschäftigt noch „zuletzt" einzufügen, vielleicht wäre auch dadurch nichts an dem Resultat geändert worden.

Die anderen Fragen: Haben Sie zur Zeit Beschäftigung? Sind Sie arbeitslos, wieviel Tage? .... Wochen? .... sind dagegen im allgemeinen recht gut beantwortet worden. Hervorzuheben ist jedoch, daß ganz offensichtlich vielfach die Zahl hinter Tage eingeschrieben war, wo Wochen gemeint waren; bei der Bearbeitung mußte in einem solchen Falle die Dauer der Arbeitslosigkeit jedesmal zu wenigen Tagen statt der entsprechenden Anzahl Wochen angenommen werden; die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ergab sich daher sicherlich zu niedrig. Es folgten dann die beiden Fragen: Arbeiten Sie infolge Arbeitsmangel verkürzte Zeit? Wieviel Stunden wöchentlich weniger? In zahlreichen Betrieben haben bekanntlich recht erhebliche Einschränkungen stattgefunden, wodurch bei den Arbeitern zwar nicht völlige Arbeitslosigkeit, aber doch starke Verringerung des Lohnes herbeigeführt worden ist. Das Maß dieser Einschränkung sollte durch diese Fragen festgestellt werden; zur Beurteilung des Elends, das durch die Krise herbeigeführt ist, ist diese Feststellung von höchster Wichtigkeit.

Als allgemeines Resultat der Zählung ergab sich folgendes: Die Beteiligung war eine recht ungenügende; die ca. 600 Zähler, die sich der großen Mühe unterwarfen, die Karten in den einzelnen Wohnungen abzugeben und am darauffolgenden Sonntag wieder abzuholen, stießen bei den Arbeitern vielfach auf vollständige Verständnislosigkeit. Teils aus Furcht, die Sache habe mit der Steuereinschätzung etwas zu thun, teils aus Abneigung gegen jede Abgabe einer schriftlichen Erklärung wurde die Antwort sehr häufig verweigert, so daß noch nicht einmal die Hälfte der Arbeiterbevölkerung über die Verhältnisse Auskunft gegeben hat. Im ganzen gingen 9122 Zählkarten mit 13121 Antworten ein. Da die Bevölkerung Charlottenburgs zur Zeit 194188 Köpfe beträgt, so haben sich nur 6,5 Prozent an der Zählung beteiligt; allerdings muß man die Einwohnerzahl unter 16 Jahren in Abzug bringen, also etwa 76–80000 Köpfe, doch ist auch dann noch die Beteiligung geringer als 12 Prozent. Schätzt man die erwachsene Arbeiterbevölkerung nur auf 30000 — eine sicherlich zu niedrig gegriffene Zahl —, so erhält man doch nur eine Beteiligungsziffer von 43 Prozent, also bei weitem nicht die Hälfte der Arbeiter.

Von den eingelaufenen Karten wurden 516 ausgeschlossen, zum Teil, weil sie Personen betrafen, die nicht in den Kreis der Zählung fielen, wie Rentiers, selbständige Kaufleute, freie Schriftsteller usw., zum Teil, weil sie vollkommen ungenügend ausgefüllt waren, zum Beispiel lediglich den Namen enthielten. Es verblieben somit 12605 Karten. Die Antworten von Frauen sind außerordentlich spärlich eingelaufen. Auch die Antworten, die sich auf solche Personen beziehen, die in einem Haushalt wohnen (erwachsene Söhne, Schlafburschen usw.) sind recht gering; im ganzen 3861 (2674 männliche, 1187 weibliche) gegen 8744 (8633 männliche, 111 weibliche) auf Haushaltungsvorstände bezügliche.

Die Auszählung der 12605 Karten ergab nun folgende allgemeine Gruppierung.

In voller Arbeit befindlich waren

6118 männl. Pers., darunter	4761 Haush.-Vorst.	1354 nicht Haush.-Vorst.
848 weibl.	177	620
zus. 6966 Personen, darunter	4921 Haush.-Vorst.	2045 nicht Haush.-Vorst.

Mit beschränkter Arbeitszeit arbeitend waren

2083 männl. Pers., darunter	1701 Haush.-Vorst.	382 nicht Haush.-Vorst.
211 weibl.	68	143
zus. 2294 Personen, darunter	1769 Haush.-Vorst.	525 nicht Haush.-Vorst.

Arbeitslos waren

2278 männl. Pers., darunter	1421 Haush.-Vorst.	857 nicht Haush.-Vorst.
386 weibl.	116	270
zus. 2664 Personen, darunter	1537 Haush.-Vorst.	1127 nicht Haush.-Vorst.

Krank resp. Invalide waren

528 männl. Pers., darunter	447 Haush.-Vorst.	81 nicht Haush.-Vorst.
153 weibl.	70	83
zus. 681 Personen, darunter	517 Haush.-Vorst.	164 nicht Haush.-Vorst.

Die Auszählung nach Berufen, wobei gleichzeitig die Dauer der Arbeitslosigkeit oder die Größe der Einschränkung der Arbeitszeit ermittelt wurde, zeigte bei den arbeitslosen männlichen Personen eine sehr starke Beteiligung des Baugewerbes, worauf halb so stark die Metallindustrie folgte. Dem Baugewerbe gehören 794 oder 35,7 Prozent an, der Metallindustrie 347 oder 15,2 Prozent, dem Handel und Verkehr 148 oder 6,5 Prozent, der Holzindustrie 74 oder 3,2 Prozent, der Bekleidungsindustrie 66 oder 2,8 Prozent der männlichen Arbeitslosen. 557 oder 24,5 Prozent haben sich schlechtweg als Arbeiter ohne nähere Angabe eines Berufes bezeichnet; der Rest verteilt sich auf andere Industrien.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit zählte bei den meisten der Männer nach Wochen und Monaten. Der Durchschnitt stellte sich auf 58,6 Tage, also fast zwei Monate; dabei sind alle diejenigen, die zwar wochen- und monatelang arbeitslos gewesen waren, aber am 1. Februar wieder Beschäftigung hatten, als in Arbeit befindlich gezählt worden. Die Arbeitslosigkeit ist also eine außerordentlich lang anhaltende, so daß sie von geradezu verheerenden Folgen sein muß.

Vorzugsweise waren es Männer im kräftigsten Alter, die von der Arbeitslosigkeit betroffen waren —, allerdings haben sich die Haushaltungsvorstände auch stärker an der Zählung beteiligt, als die jüngeren im Haushalt wohnenden Leute. Bei diesen betrug das Durchschnittsalter 22,7 Jahre, bei den Haushaltungsvorständen 38,1 Jahre, insgesamt stellte es sich auf 32,3 Jahre.

Erst seit kurzem Zugezogene befanden sich unter den Arbeitslosen nur recht wenig, die meisten waren bereits jahrelang Bürger der Stadt, und zwar die jungen Leute ebensowohl, wie die Familienväter; bei jenen betrug die durchschnittliche Ortsanwesenheit 8,6 Jahre, bei diesen 9,9 Jahre, insgesamt stellte sich der Durchschnitt auf 9,4 Jahre. Von 2181 arbeitslosen Männern — bei 97 fehlte die Antwort auf diese Frage — befanden sich mehr als ein Drittel, 737 oder 33,8 Prozent, schon länger als 15 Jahre in Charlottenburg, 737 oder 33,8 Prozent hatten einen Aufenthalt zwischen 5 und 15 Jahren, und nur 365 oder 16,8 Prozent waren weniger als zwei Jahre in Charlottenburg, davon 219 oder 10 Prozent weniger als ein Jahr.

Die durchschnittliche Dauer der Ortsanwesenheit betrug bei den Arbeitslosen 10,2, bei den beschränkte Zeit Arbeitenden 10,1 Jahre.

Das Bild, das die 2083 männlichen Personen mit beschränkter Arbeitszeit boten, war in dieser Beziehung ganz ähnlich. Die mittlere Ortsanwesenheit betrug hier 8,7 Jahre. Bei 94 Personen fehlte diese Angabe; von den andern 1989 waren nur 296 oder 14,9 Prozent noch nicht zwei Jahre im Ort, davon 166 oder 8,3 Prozent noch nicht ein Jahr; dagegen hielten sich 490 Personen oder 24,7 Prozent schon seit länger als 15 Jahren in der Stadt auf, bei 802 oder 40,1 Prozent betrug die Ortsanwesenheit zwischen 5 und 15 Jahren.

Auch mit den Altersklassen verhielt es sich ähnlich: Das Durchschnittsalter betrug 34,5 Jahre; bei den Haushaltungs-Vorständen waren es 36,7, bei den anderen 25,1 Jahre.

Dagegen zeigt die berufliche Einteilung, wie besonders schwer die Krise auf der Metallindustrie lastet. Während im Baugewerbe nur 386 oder 18,5 Prozent beschränkte Arbeitszeit haben, weist die Metallindustrie 709 oder 34 Prozent auf, auf die Holzindustrie kommen 113 oder 5,4 Prozent, auf die Bekleidungsindustrie 101 oder 4,8 Prozent, 484 oder 23,2 Prozent haben sich schlechtweg als Arbeiter bezeichnet; der Rest verteilt sich auf andere Industrien. Die Dauer der Arbeitseinschränkung ist bei 1937 männlichen Personen angegeben; meist beträgt sie 12 Stunden in der Woche. Bei 531 oder 27,4 Prozent ist sie bis zu 6 Stunden, bei 832 oder 43 Prozent zwischen 7 und 12 Stunden, bei 326 oder 16,8 Prozent zwischen 13 und 18 Stunden, bei 248 oder 12,8 Prozent über 18 Stunden. Der Durchschnitt stellt sich auf 11,5 Stunden.

Bei den weiblichen Personen ist die Zahl der eingelaufenen Karten kaum erheblich genug, um ein klares Bild zu gewinnen. Von den 386 arbeitslosen Frauen haben sich 97 oder 25,1 Prozent als Arbeiterinnen bezeichnet; von den 211 mit beschränkter Arbeitszeit sind 51 oder 24,2 Prozent Arbeiterinnen und 39 oder 18,5 Prozent Metallarbeiterinnen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit war bei den weiblichen Personen etwas größer, als bei den männlichen; sie betrug durchschnittlich 66,4 Tage. Die durchschnittliche Einschränkung der Arbeitszeit ergab sich zu 13,6 Stunden wöchentlich.

Das Alter betrug bei den Arbeitslosen für die Haushaltungsvorstände durchschnittlich 43,5 Jahre, für die andern 25,6 Jahre, insgesamt 30,9 Jahre, bei den weiblichen Personen mit beschränkter Arbeitszeit waren die entsprechenden Zahlen 42,1, 23,2 und 29,5 Jahre.

Es wurde ferner noch die Kinderzahl der arbeitslosen, kranken und beschränkte Zeit arbeitenden Haushaltungsvorstände ermittelt. In diesen Gruppen ergaben sich 961 Familien mit 2242, 508 Familien mit 697 und 1536 Familien mit 3088 Kindern, zusammen 2605 Familien mit 6027 Kindern.

Stellen wir die Gruppen der kranken, arbeitslosen und mit beschränkter Zeit Arbeitenden der Bevölkerungsziffer 193188 gegenüber, so erhalten wir die Zahlen: 681 = 0,35 Prozent, 2664 = 1,38 Prozent, 2294 = 1,19 Prozent.

Zählt man die ersten beiden Gruppen zusammen, um einen Vergleich mit der amtlichen Arbeitslosenzählung vom 2. Dezember 1895 zu ermöglichen, — damals wurden die durch Krankheit Erwerbsunfähigen nicht von den Arbeitslosen geschieden — so erhält man 1,73 Prozent Arbeitslose gegen 2,21 Prozent am 2. Dezember 1895. Auf dieses Resultat suchte sich der Magistrat in seiner Antwort zu stützen, als er am 19. Februar von den sozialdemokratischen Stadtverordneten darüber interpelliert wurde, was er gegen die geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zu thun gedenke. „Wir haben gar keine erschreckende Arbeitslosigkeit" lautete die Antwort; in Berlin ist die Arbeitslosigkeit viel stärker — was übrigens zuzugeben ist —, und ist man 1895 bei 2,21 Prozent Arbeitsloser ohne besondere Maßregeln ausgekommen, so wird es auch diesmal bei 1,73 Prozent gehen. Die Mehrheit der Versammlung feierte den Vertreter des Magistrats für diese Antwort, und verhinderte dann durch Annahme eines Schlußantrages unsere Genossen an ihrer gebührenden Beleuchtung.

Der Vergleich mit der amtlichen Statistik des Reiches von 1895 ist in keiner Weise stichhaltig; sie bezeichnet ihre Zahlen selbst als Maximalzahlen. Eben, weil ein Zwang zum Antworten vorlag, der Begriff des Arbeitslosen aber schwer zu definieren ist, wurden die Zahlen zu hoch; so nannten sich Mädchen, die ihren Beruf freiwillig aufgegeben hatten, um sich demnächst zu verheiraten, arbeitslos; ebenso bezeichneten sich Leute, die auf Urlaub oder auf Ferien befindlich waren, wenn auch ihr Arbeitsverhältnis fortbestand. Von all' solchen Fehlern kann bei der diesmaligen Zählung keine Rede sein; die erhaltene Ziffer stellt von den 12605 Personen, die geantwortet haben, die wirklich Arbeitslosen dar, die also eine Minimalziffer in Bezug auf alle Arbeiter ist. Es waren ja kaum 40 Prozent der Arbeiter, die sich an der Zählung beteiligt haben; schon bei bloßer Verdoppelung der Zahlen werden aber die der Reichsstatistik erheblich übertroffen.

Auch verschiebt sich das Verhältnis der Zahlen sofort sehr erheblich, wenn man bedenkt, daß im wesentlichen die männlichen Personen geantwortet haben. Läßt man die weiblichen fort und nimmt die männliche Bevölkerungsziffer zu 96500, so betragen die Gruppen der beschränkte Zeit Arbeitenden, Arbeitslosen und Kranken 2,16 Prozent, 2,36 Prozent, 0,55 Prozent, die beiden letzten zusammen also 2,91 Prozent. Nun giebt die Statistik von 1895 für Charlottenburg keine Scheidung in männliche und weibliche Arbeitslose an; man kann jedoch aus der Gesamtzahl der Arbeitslosen 2,21 Prozent mit einiger Wahrscheinlichkeit feststellen, daß die männlichen Arbeitslosen 3,14 Prozent der männlichen Bevölkerung ausmachten. Die allgemeine Berufszählung von 1895 ergab nämlich 15,5 Millionen männliche und 6,6 Millionen weibliche Erwerbsthätige. Diese Zahlen verhalten sich wie 7 : 3. In demselben Verhältnis können wir auch männliche und weibliche Personen an der Arbeitslosigkeit beteiligt annehmen, so daß an den 2,21 Prozent Arbeitsloser in Charlottenburg die männlichen Personen mit 1,57 Prozent, die weiblichen mit 0,67 Prozent beteiligt waren. Thatsächlich sind für das ganze Reich die Geschlechter in beinahe diesem Verhältnis an der Arbeitslosigkeit beteiligt gewesen, und zwar sowohl am 14. Juni, als am 2. Dezember 1895. Bezieht man nun die Zahl der männlichen Arbeitslosen nicht auf die gesamte, sondern nur auf die männliche Bevölkerung, so ist die Zahl 1,57 zu verdoppeln; man erhält dadurch obige Zahl 3,14 Prozent der männlichen Bevölkerung Charlottenburgs als äußerste Maximalzahl der am 2. Dezember 1895 Arbeitslosen; dieser Zahl steht die am 1. Februar erhaltene unter der Wahrheit weit zurückbleibende Zahl 2,91 Prozent gegenüber. Aus der geringen Differenz dieser Minimalzahl gegen jene Maximalzahl geht deutlich hervor, daß die Arbeitslosigkeit auch in Charlottenburg am 1. Februar 1902 erheblich größer war, als am 2. Dezember 1895.

Aber auch abgesehen von dem Vergleich mit der Zählung von 1895 sprechen die Zahlen für sich eine beredte Sprache. Die 2083 männlichen Personen, die sich beschränkte Arbeitszeit gefallen lassen müssen und dadurch eine Einbuße ihres Lohnes um 25 Prozent erfahren, sind ebenfalls als Opfer der traurigen Erwerbsverhältnisse anzusehen. Mit den Kranken und Arbeitslosen zusammen bilden sie 5,07 Prozent der männlichen Bevölkerung. Beachtet man nun, daß ja nur die erwachsene Bevölkerung über 16 Jahre in Betracht kommt, die Zahlen also nur auf höchstens drei Fünftel der männlichen Bevölkerung zu beziehen sind, so stellen die drei Gruppen der Kranken, Arbeitslosen und beschränkte Zeit Arbeitenden 0,91 Prozent, 3,93 Prozent, 3,60 Prozent, zusammen also 8,44 Prozent dar, wovon die ersten beiden 4,84 Prozent bilden. Das heißt, daß von der männlichen Bevölkerung über 16 Jahren jeder 20. Mann völlig erwerbslos, jeder 12. Mann erwerbslos oder in seinem Erwerbe erheblich beschränkt ist. Dabei ist weder auf die Eigenschaft der Zahlen als Minimalzahlen Rücksicht genommen, noch darauf, daß in Charlottenburg ausgedehnte vornehme Viertel existieren und die Arbeiter nicht entfernt den gleichen Prozentsatz zur Gesamtbevölkerung stellen, wie etwa in Berlin und dem südöstlichen Vororte Rixdorf. Von den Arbeitern ist also ein noch weit höherer Prozentsatz arbeitslos und in seinem Erwerbe beschränkt, als aus diesen Zahlen hervorgeht. Wenn trotzdem der Magistrat und die Stadtverordneten das Bestehen eines außerordentlichen Notstandes bestreiten und deshalb auch von der Ergreifung irgendwelcher Maßregeln Abstand nehmen, so haben sie ihrem sozialpolitischen Verständnis und Weitblick ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Aber auch abgesehen von dem augenblicklichen akuten Notstand ist die Frage der Fürsorge gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit eine der wichtigsten Aufgaben, die der sozialpolitischen Thätigkeit der Gemeinden gestellt sind. Ueberhaupt muß diese Seite der kommunalen Verwaltung aus dem Stadium gelegentlicher Anläufe in das einer andauernden, stetigen Arbeit übergeführt werden. Unsere Genossen in Charlottenburg stellten deshalb den Antrag, den Magistrat um eine Vorlage über Einsetzung einer gemischten Deputation zu ersuchen, die fortlaufend die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt zu verfolgen, in bestimmten Zeiträumen statistische

Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit innerhalb der Gemeinde zu veranstalten und Vorschläge für die sozialpolitische Bethätigung der Gemeinde zu machen hat. Dieser Antrag, der am 5. März verhandelt wurde, fand ein größeres Entgegenkommen und wurde mit der Abänderung angenommen, daß nicht eine neue Deputation geschaffen, sondern die Kompetenz der Deputation für den Arbeitsnachweis entsprechend erweitert werden soll.

Daß nach Durchführung der hier verlangten Einrichtung andauernd gutes statistisches Material über die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse gewonnen werden wird, erscheint zweifellos; dafür zu sorgen, daß es nicht nur wissenschaftliches Material bleibt, sondern die Unterlage für eine klare sozialpolitische Thätigkeit bildet, wird eine wichtige Aufgabe unserer Vertreter sein. Sicherlich wird sich hieraus auch eine Fürsorge für die Arbeitslosen entwickeln, die heute noch so widerwillig abgelehnt wird. In beschränktem Umfange muß die Gemeinde ja auch heute bereits für die Arbeitslosen eintreten, insofern diese nämlich der Armenpflege anheimfallen. Ein Notstand, wie der gegenwärtige, belastet den Armenetat ganz außerordentlich; so ist der Armenetat Charlottenburgs um fast 62000 Mark überschritten worden, und für das nächste Jahr werden 100000 Mark mehr verlangt. Die Mehrforderung sowie die Etatsüberschreitung werden vom Magistrat unter anderem mit den Folgen der großen Arbeitslosigkeit begründet. Je höher der Armenetat aus diesem Grunde anwächst, um so deutlicher wird die Pflicht der Gemeinde, die ungeregelte Unterstützung Arbeitsloser umzubilden zu einem Rechte auf Existenz auch in den Zeiten der Arbeitslosigkeit, ein Recht, durch dessen ordnungsmäßige Inanspruchnahme kein anderes Recht verwirkt werden darf und kann.

Der Weg, auf dem die Gemeinden hier vorzugehen haben, ist ihnen bereits durch die beruflichen Organisationen der Arbeiter gewiesen. Die von diesen getroffenen Einrichtungen ausbauen zu helfen, wird eine der vornehmsten Aufgaben jener oben erwähnten Deputation sein; kann doch eine wirksame Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur durch die geordnete, organisierte Macht der in ihrer Vereinzelung kraftlosen Masse aufrecht erhalten werden. Freilich giebt es wunderliche Arbeiterfreunde, die von einer Stärkung der beruflichen Arbeiter-Organisationen, der Gewerkschaften, die Schwächung der umfassendsten Organisation derselben Arbeiter, der sozialdemokratischen Partei, erwarten und erhoffen. Wir wollen den Herren ihre heitere Illusion lassen, daß die Arbeiterpartei ein Hemmnis für die Entwickelung der Arbeiter ist und nach dem Maße dieser Entwickelung zerfallen muß; wissen wir doch, daß die Arbeiter die gemeinsamen Interessen ihrer Klasse über denen ihres näheren Berufes nicht vernachlässigen können, selbst wenn einer der seltenen Fälle eintreten sollte, daß beide in Konflikt geraten. Doch wollen wir auf die angeregte Frage jetzt nicht näher eingehen; dazu wird Zeit sein, wenn die erwähnte Kommission in Wirksamkeit getreten ist, und bestimmte Berichte der Beurteilung unterliegen.

Charlottenburg. Dr. B. Borchardt.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Finanzlage Sachsens behandelten wir kürzlich an leitender Stelle in einem längeren Artikel, wobei wir besonders nachwiesen, wie verkehrt und zwecklos die gepriesene „weise Sparsamkeit“ ist, die jetzt im Landtage geübt wird, um die Steuerzuschläge momentan herabzudrücken und die Meinung zu erwecken, man könnte ohne eine erhebliche Vermehrung der Steuern aus dem Sumpfe der Defizitwirtschaft wieder aufs Trockene gelangen. Unsere Kritik ist den konservativen Finanzkünstlern anscheinend sehr unangenehm gewesen, denn aus der mit der konservativen Fraktion des Landtags in engstem Zusammenhange stehenden Wahlvereinsbehörde, die sich Konservative Korrespondenz nennt, ging bald ein Produkt hervor, das den Zweck hatte, mit Hilfe der sächsischen Amtsblätter unsere Kritik abzuschwächen. Dieses Erzeugnis erscheint jetzt in breiter getretener Form auch im Vaterland, dem Organ des konservativen Landesvereins.

Die Verlegenheit der Verteidiger der konservativen Sparsamkeits-Manipulationen zeigt sich deutlich darin, daß sie sich an Kleinigkeiten klammern. Wir hatten die Sucht, überall Abstriche zu machen, u. a. auch mit der Ueberlastung der Dresdner Richter beleuchtet. Bei der Beratung des Justizetats ist thatsächlich konstatiert worden, wie die Richter am Dresdner Landgericht sich unter Heranziehung von Assessoren und Referendaren so in die Arbeit teilten, daß aus 9 Zivilkammern 14 wurden; wir hatten hinzugefügt, dies werde in anderen großen Städten nicht besser sein. In dem erwähnten Wahlzettel und im Vaterland streitet man nun mit großem Eifer ab, daß Referendare verwendet worden seien. Um die Hauptsache aber, daß man überhaupt infolge Ueberlastung der Richter zu solchen Manipulationen genötigt war, daß ferner der Abg. Stöckel und selbst der Justizminister im Zweifel darüber waren, ob sich diese Einrichtung mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Einklang bringen lasse, um diese Hauptsache drückt man sich herum! Ob nur Assessoren oder auch Referendare dazu verwendet wurden, darauf kommt es gar nicht an, der springende Punkt ist, daß man wegen ungenügender Richterzahl unter Zuhilfenahme junger Hilfskräfte zu einer Verdoppelung der Zivilkammern greifen mußte, die kein Jurist der Kammer als gesetzlich zu bezeichnen wagte. Um aber diesem Mangel abzuhelfen, genügt nicht, daß man eine angesichts dieser Zustände vollständig ungenügende Zahl neuer Richterstellen schafft, dazu sind — das ging auch deutlich aus einer Aeußerung des Justizministers hervor — bauliche Erweiterungen der Gerichtsgebäude nötig. Darin ist man aber ganz besonders knauserig gewesen.

Unsere Bemerkungen über die Zuschüsse für die Freiberger Bergwerke geben dem Vaterland Veranlassung, die Konservativen als Arbeiterfreunde zu feiern. Ein solches Beginnen ist von vornherein verfehlt bei einer Partei, die nichts als leere Redensarten für die Not der Arbeitslosigkeit hatte, die im vorigen Landtage die Regierung gegen die organisierten Eisenbahner scharf machte, die die Arbeiterkonsumvereine vernichten will und die die Verantwortung dafür trägt, daß die Eisenbahner und Waldarbeiter zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern gehören.

Auf welchem Niveau der konservative Wäscher steht, geht recht deutlich aus der Bemerkung hervor, daß wir Sozialdemokraten uns doch freuen müßten, wenn es mit den sächsischen Finanzen bergab ginge, denn dann würden ja die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt. Mit solchen Mätzchen die eigene Schwäche zu verdecken, davor sollte sich das konservative Organ hüten. Wir leben allerdings zum Teil von der Dummheit unserer Gegner und ihrer kurzsichtigen Interessenpolitik und die Reichstagswahlstatistik von Sachsen zeigt, daß die sächsischen Konservativen bisher unsere Geschäfte ausgezeichnet besorgt haben.

Waldheim. Der eben erschienene Geschäftsbericht der hiesigen Ortskrankenkasse stellt fest, daß sich die Unterschlagungen des Kassierers Riebrich im vergangenen Jahr auf insgesamt 21500 M. beliefen. Hierbei sind rund 1000 M. Invalidenversicherungsbeiträge inbegriffen, welche die Ortskrankenkasse ebenfalls decken mußte. Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat kürzlich die Kassenvorstände ausdrücklich darauf hingewiesen, daß etwa vorkommende Unterschlagungen nicht von den Kassen bezw. Verbänden getragen werden müßten. Die Herren Arbeitgeber der Ortskrankenkasse in Waldheim, deren Vertrauen Riebrich in vollem Maße besaß, haben die unüberlegte Buchführung [illegible] bemängelt.

— **Chemnitz.** Wegen Fahnenflucht im ersten Rückfalle, Preisgabe von Dienstgegenständen, militärisch ausgezeichneter Unterschlagung und versuchter Nötigung wurde vom hiesigen Kriegsgerichte der Soldat Adler, in Falkenstein 1879 geboren und gegenwärtig beim 181. Regiment, zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse verurteilt. Der Mann ist geistig sehr schlecht entwickelt, eine Folge mangelhafter Erziehung. Er stammt aus einer armen Familie, wo 13 Kinder zu Tische saßen und brachte es in der Schule nur bis zur vierten Klasse. Teilnahmslos saß er im Termin auf der Anklagebank und erklärte, er habe sich nichts dabei gedacht, als er sich wieder von seiner Truppe entfernt habe. Er habe sich im Walde schlafen gelegt. Sein Kompagnie-Chef sagte über die geistige Befähigung des Angeklagten: „Wenn ich nicht wüßte, daß Adler folgerichtig denken kann, würde ich ihn zeitweilig für geistig gestört halten.“ Im den Anstaltlichen wäre unseres Erachtens Anstaltsbehandlung besser angebracht, als ihn beim Militär zu belassen.

— **Plauen i. V.** Es geht auch ohne Innung. Die hiesige Tischler-Zwangs-Innung hat sich vor geraumer Zeit aufgelöst und sollte an ihrer Stelle wieder eine freie Innung gegründet werden. Doch hat bis jetzt niemand das Bedürfnis dazu gefühlt. Da das voraussichtlich auch nicht geschieht, ist der „Tischlerfachverein“ der gewerblichen Fortbildungsschule vollständig unterstellt und das Schulgeld erhöht worden.

Ein dem hiesigen städtischen Krankenhaus zugewiesener Handarbeiter beschwerte sich mehrmals über die Beschaffenheit der Speisen in der Anstalt. Dabei soll er die Aerzte beleidigt haben, weshalb er dieser Tage eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten erhielt. Die Strafe erscheint etwas sehr hoch.

Gittersee. Wegen Verdachts der Blutschande mit seiner eigenen Tochter wurde der hier ansässige Arbeiter Borack (?), der Mitglied des evangelischen Arbeitervereins ist, verhaftet.

Marienberg. Ueber die Höhe der unterschlagenen Gelder des vom Amte suspendierten Vorstandes der Eisenbahnstation Gelenau-Marienberg schweben mancherlei Gerüchte. Die Höhe der Summe wird jedoch 800 M. nicht übersteigen. Der ungetreue Haltestellenvorstand hatte die Zentralorgane durch Fälschungen getäuscht.

Pirna. Die Anlieger am zerstörten Gottleuba-Ufer zwischen der Staatsbahn und der Elbe in Pirna haben sich am 25. März in einer unter dem Vorsitze des Amtshauptmanns Frhrn. v. Teubern in Gegenwart des Baurats Siecker abgehaltenen Versammlung einstimmig für die Ausführung des vom Finanzministerium gebilligten, von der Wasserbau-Inspektion Pirna aufgestellten Planes entschieden, welcher die Regulierung des Laufes unter Beibehaltung der jetzigen Richtung bezweckt. Die Ausführung soll so bald wie möglich beginnen.

Meißen. Ein Stück sozialen Elends hat sich einigen Arbeitern aus der Zimmerei, als sie am Osterdienstag eine in diesem Betriebe beschäftigt gewesene, am Kindbettfieber erkrankte Frau mit dem Siechkorb ins Krankenhaus schaffen sollten. Wie schauten aber die Arbeiter, als sie in das Haus traten, wo die Frau hauste. Die Treppe war schmal und in schlechtem Zustande, so daß gar nicht daran zu denken war, den Siechkorb hinaufzubringen. Die Wöchnerin mußte also eingepackt heruntergetragen werden. Auf solche Häuser, die wahre Menschenfallen sind, ist Meißen „stolz“, weil sie ein „Altertumsstück“ wären. Die sog. „Arbeiterwohnung“, die aus einer kleinen, niedrigen Stube und Kammer bestand, bot das Elend in all seinen Gestalten dar! Das Mobiliar bestand aus einem alten Schrank, einem Tisch, zwei Stühlen und einem Bett, in welchem die ganze Familie, Mann, Frau und vier Kinder kampierten. So ist eine Proletarierwohnung in der Stadt der Quellen beschaffen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Donnerstag abend gegen 6 Uhr wurde in Chemnitz das 2 Jahre alte Mädchen des Geschirrwarenhändlers Dietrich überfahren. Das Kind war in ein Kohlengeschirr hineingelaufen und von den Pferden umgerissen worden. Die Räder des schwerbeladenen Wagens gingen dem bedauernswerten Kinde über Brust und Kopf und zermalmte den letzteren, so daß der Tod sofort eintrat. — Im Kreiskrankenstift Zwickau gestorben ist am Freitag früh der in Oelsnitz wohnhaft gewesene Müllermeister Karl Strobel. In einem Anfalle von Schwermut wegen eines langwierigen inneren Leidens hatte Strobel in der Nacht zum vorigen Sonntag erst den Versuch gemacht, sich zu erhängen und dann einen Revolverschuß auf sich abgefeuert, der nun den Tod des Schwerverletzten herbeiführte. — Der siebzehnjährige Kaufmannslehrling Arthur Paul Schneider aus Thalheim, der in einem Chemnitzer Geschäft schwere Einbruchsdiebstähle verübte und am 11. Februar den unterzeichneten Direktrice Ertel einen lebensgefährlichen Messerstich in den Hals beigebracht hat, wurde vom Landgericht Chemnitz wegen Einbruchsdiebstahls und versuchten Totschlags zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. — In Deuben bei Leipzig ereignete sich an einem Villenneubau ein recht beklagenswerter Unglücksfall. Daselbst stürzte der 30 Jahre alte Zimmermann Julius Bock, wohnhaft in Leipzig, Sebastian Bach-Straße 31, infolge Fehltrittes etwa 7–8 Meter hoch vom Gerüste herab. Der Bedauernswerte, welcher einen Bruch des linken Oberschenkels, sowie des linken Oberarmes erlitt, wurde nach Anlegung von Notverbänden nach dem Leipziger Stadtkrankenhause übergeführt. — Die am Freitag bei dem orkanartigen Sturm auftretende, einen Teil der Stadt Colditz berührende Windhose richtete an Gebäuden und Bäumen vielfachen Schaden an. Namentlich wurden Dachfirsten und Essenköpfe vielfach zerstört. Von der Zentrale des städtischen Elektrizitätswerkes wurde sogar ein Teil des Daches ausgehoben und ein Stück weggeführt.

Stadt-Chronik.

Zigarrenfabrikant Dick in Schwepnitz fühlte sich durch eine in unserer Zeitung veröffentlichte Notiz schwer gekränkt. Wie es in der Strafantrage seines Rechtsanwalts Dr. Stöckel-Dresden heißt, ist Antragsteller nicht willens, die „Schmähungen“ über sich ergehen zu lassen. Diese Schmähungen sollen darin bestehen, daß wir den Thatsachen gemäß berichteten, wie Dick eine Arbeiterin, die eine seiner Fabrikswohnungen von ihm gemietet hatte, mit ihren Kindern hatte aussperren lassen, so daß sie die Nacht über im Spritzenhaus in der Arrestzelle kampieren mußte. Dann war ihm in der Notiz vorgeworfen worden, daß er als ehemaliger Sozialdemokrat sich nicht scheue, von seinen Arbeitern den Austritt aus der Organisation der Tabakarbeiter zu verlangen. Es war ferner in der inkriminierten Notiz darauf hingewiesen worden, daß die Dickschen Zigarren von der Arbeiterschaft nunmehr ganz besondere Beachtung finden würden. Wegen dieser „Schmähungen“ stand nun unser zur Zeit verantwortlich zeichnender Redakteur Genosse Riem am Sonnabend nachmittag vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Beweisaufnahme ergab, daß Dick in Abwesenheit der Arbeiterin das Thürschloß hat verstopfen lassen, damit die Frau nicht wieder in die Wohnung könne. Er entschuldigte sein Benehmen damit, daß die Amtshauptmannschaft ihm aufgetragen habe, ein Konkubinatsverhältnis in seinen Wohnungen nicht zu dulden. Die Frau habe aber mit einem Zigarrenmacher zusammengelebt. Auf Befragen des Genossen Riem, daß es doch noch andere Machtmittel für ihn gegeben hätte, der Anordnung der Amtshauptmannschaft nachzukommen, bestritt er das mit der kaum glaublichen Behauptung, daß der Liebhaber über das Dach (!!) in die Wohnung der Frau eingedrungen sei. Danach scheint das Arbeiterwohnhaus nicht besonders wohnlich und dicht zu sein, wenn es so leicht ist, durch das Dach in eine Wohnung zu kommen. Zigarrenfabrikant Dick aus Schwepnitz bestritt ferner, daß er von seinen Leuten den Austritt aus der Organisation verlangt habe, er nehme nur keine Leute an, die organisiert sind. Er legte einen Vertrag vor, in dem diese Bedingung enthalten ist. Na also! Genosse Riem wies denn auch darauf hin, daß das doch wohl dasselbe sein dürfte, und daß es sich für einen ehemaligen Sozialdemokraten besonders schön ausnehme, wenn er nicht einmal bei seinen Leuten das Koalitionsrecht respektiert. Uebrigens bestritt Herr Dick auch, daß er seinen Leuten Lohnabzüge gemacht habe. Nun ja, die Sache liegt so, daß Dick eines Tages Knall und Fall seine Arbeiter entließ und sie nur dann wieder beschäftigen wollte, wenn sie sich starke Lohnabzüge gefallen ließen und nicht mehr ihrer Organisation angehörten.

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wochenspielplan der königlichen Hoftheater. Opernhaus. **Montag:** Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang ½8 Uhr.) — **Dienstag:** Lohengrin. (Anfang ½7 Uhr.) — Mittwoch: Fra Diavolo. (Anfang ½8 Uhr.) — Donnerstag: Die Strickerin. (Anfang 7 Uhr.) — **Freitag:** Manfred. (Anfang ½8 Uhr.) — Sonnabend: Das Rheingold. (Anfang ½8 Uhr.) — Sonntag: Tell. (Anfang 7 Uhr.)

Schauspielhaus. Montag: Die berühmte Frau. Paula: **Frau Bach-Bendel a. G.** (Anfang ½8 Uhr.) — Dienstag: Es lebe das Leben. (Anfang 7 Uhr.) — Mittwoch: Der Meineidbauer. Burgerlies: **Frau Bach-Bendel a. G.** (Anfang ½8 Uhr.) — Donnerstag: Romeo und Julia. Amme: Frau Bach-Bendel a. G. (Anfang 7 Uhr.) — Freitag: Ohne Konsens. Antoine. (Anfang ½8 Uhr.) — Sonnabend: Nacht und Morgen. (Anfang ½8 Uhr.) — Sonntag: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. (Anfang ½7 Uhr.)

Ein Ensemble-Gastspiel des Dresdner Hoftheaters im Berliner Königl. Schauspielhaus ist für Mai in Aussicht genommen. Aufgeführt soll in der bekannten vortrefflichen Besetzung werden Pastors Riekchen, die Komödie Erich Schlaikjers, die in Dresden ihre Erstaufführung erlebt hat.

Delikatesse. In deutschen Theatern, in denen allerhand anrüchige Sachen, namentlich sobald sie importiert sind, anstandslos gegeben zu werden pflegen, herrscht bekanntlich oft eine ängstliche Angst vor dem derben Wort. Man braucht ja nur daran zu erinnern, wie etwa in Kabale und Liebe die derben Reden des braven Musikers Miller zusammen gestrichen werden, ganz zu schweigen von etlichen Heldenthaten der Zensur, die gelegentlich der Lex Heinze-Debatten zur Sprache gebracht worden sind. Wer sich der Mühe unterziehen wollte, könnte leicht eine lange Liste von allerhand Torheiten zusammenstellen, die aus übergroßer Delikatesse begangen werden.

Im allgemeinen wird das Thema der falschen Delikatesse in der Presse, namentlich in der Tagespresse, wenig behandelt. Es ist das leicht verständlich; denn auch in unseren herrlichen deutschen Zeitungen wird im Namen der Delikatesse viel gesündigt, namentlich von Blättern, die sehr gern in Klatsch und Skandalgeschichten machen. In Blättern, die schamhaft für pfui Teufel höchstens ein: pfui T— wagen, ist das Thema auch wirklich nicht leicht zu behandeln. Und doch ist die Sache gar nicht so unwichtig, und es ist, je weiter die falsche Delikatesse in unseren Theatern einreißt, um so dringlicher, das Thema immer von neuem anzuschneiden.

Die geistige Neuinszenierung im Hoftheater, die vor ausverkauftem Hause in Szene ging und des Guten so viel bot, daß noch davon gesprochen werden muß, brachte ein Beispiel von Zimperlichkeit, das als ein Symptom für die ganze Misere einige Beachtung verdient.

Es war in der Valentinszene. Mephisto hatte sein freches Lied vor Gretchens Thür gesungen. Gretchens Bruder, der brave Soldat Valentin, hatte Mephisto und seinen Begleiter zur Rechenschaft gezogen und war von Faust zu Tode verwundet worden. Die Bürgerschaft ist herbeigeeilt, auch Gretchen aus ihrem Haus herausgekommen und neben dem sterbenden Bruder niedergekniet. Der macht seinem Herzen Luft. Er ruft die Umstehenden näher zu sich heran: „Was steht ihr Weiber, heult und klagt? Kommt her und hört mich an!“ Und nun verkündet der Bruder der ganzen Stadt die Schande der Schwester:

> Mein Gretchen, sieh! Du bist noch jung,
> Bist gar noch nicht gescheit genung,
> Machst Deine Sachen schlecht.
> Ich sag' dir's im Vertrauen nur:
> Du bist doch nun einmal eine Hur';
> So sei's auch eben recht.

Herrn Franz, der den Valentin spielte, machte der vorletzte Vers Pein. Er sprach: Du bist doch nun einmal eine H—, und verschluckte das letzte Wort.

Warum doch so zimperlich? Das gefährliche Wort steht an bedeutsamer Stelle, es ist Reimwort und schon dadurch stark hervorgehoben. Es darf, werden einmal die Verse gesprochen, nicht unterdrückt werden — und zumal dann nicht, wenn später im Verse „Bon Dir, Du Metze, seitab weichen“ das Wort Metze laut gesprochen wird. Ist Metze weniger als Hure, ja, ist es nur ein feineres Wort? Wird das Wort Hure verschluckt, müßte das Wort Metze auch verschluckt werden.

Dieselbe Zimperlichkeit, die hier dem Schauspieler das Wort zu verschlucken befiehlt, macht sich bezeichnenderweise auch bei Aufführungen der Minna von Barnhelm geltend, am Schluß des ersten Aktes, wo der rachsüchtige, plumpe Diener Tellheims den Vorschlag macht, die Tochter des ungeratenen Wirts zur Hure zu machen. Auch hier ist es Sitte, das Wort entweder zu verschlucken oder den ganzen Passus auszulassen. Und hier ist das zimperliche Bestreben gegen das Wort alt. „In einem Bericht über eine Aufführung der Minna schreibt 1768 Lessings Bruder: „Nur das abscheuliche Wort Hure ersticke dem Reitknecht Just bald im Munde.“ Das war natürlich eine Dummheit; denn Just ist so gezeichnet, daß das Wort in seinem Munde durchaus natürlich ist, es ist bereit unnatürlich, wenn der rohe Just das Wort in einer Anwandlung von Schamgefühl verschluckt. Ebenso wie das Wort im Munde des biederen Soldaten Valentin nichts Auffälliges an sich hat, während die zimperliche Aussprache störend wirkt, da eben der Sprecher kein gebildeter Salonmensch ist.

Als Lessing seiner Zeit von der Prüderie des Schauspielers erfuhr, hat er einiges niedergeschrieben, woran zu erinnern, immer und immer wieder gut ist. In einem kleinen, Delikatesse benannten Aufsatz schreibt Lessing: „Eine allzu zärtliche (= zimperliche) Empfindlichkeit gegen alle Worte und Einfälle, die nicht mit der strengsten Zucht und Schamhaftigkeit übereinkommen, ist nicht immer ein Beweis eines lautern Herzens und einer reinen Einbildungskraft. Sehr oft sind das zur Schau gestellte Betragen und die unzüchtigsten Gedanken in einer Person. Nur weil sie sich dieser zu sehr bewußt sind, nehmen sie ein desto züchtigeres Aeußerliche an. Durch nichts verraten sich dergleichen Leute aber mehr als dadurch, daß sie sich am meisten durch die armen plumpen Worte, die das Unzüchtige geradezu ausdrücken, beleidigt finden lassen und weit nachsichtiger gegen die schlüpfrigsten Gedanken sind, wenn sie nur in feine unanstößige Worte gekleidet sind. Und gewiß sind doch diese den guten Sitten weit nachteiliger, weil sie [illegible]. Man hat über das Wort Hure in meiner Minna geschrieen. Der Schauspieler hat es sich nicht einmal unterstehen wollen zu sagen. Immerhin, ich werde es nicht ausstreichen und werde es überall wieder brauchen, wo ich glaube, daß es hingehört.“

Ich denke, diese Ausführungen Lessings bedürfen eines weiteren Kommentars nicht; sie sind heute so zutreffend wie vor mehr als hundert Jahren — und wenn Lessing weiterhin daran erinnert, daß dieselben, die an Justs grobem Wort Anstoß genommen, sich keineswegs nicht aufgehalten haben über Zweideutigkeiten in Lustspielen des frommen Gellert, so wird sich auch heute jeder einzelner Stücke erinnern, die voll Zweideutigkeiten sind und vom vornehmsten Publikum mit behaglichem Schmunzeln genossen werden.

Ungefähr dasselbe Verhältnis also heute wie zu Lessings Zeit. Nur daß es inzwischen wesentlich schlimmer geworden ist, da die Rücksicht auf die jungen Mädchen, die das Theater besuchen, immer mehr vorgeschoben wird.

Und die Folge von dieser Zimperlichkeit? Ein schmunzelndes Behagen im Zuschauerraum. Wer die Minna von Barnhelm kennt, wird gerade, wenn die gefährliche Stelle verhunzt oder gestrichen wird, erst recht aufmerksam auf das angeblich Anstößige. Was, ruhig ausgesprochen, ruhig hingenommen werden würde, das wirkt, verhunzt, plötzlich komisch, und wird die Stelle ganz gestrichen, erinnern sich viele Zuhörer gerade des Weggelassenen mit nicht weniger gemischten Gefühlen.

Trotzdem also die behaupteten Thatsachen vollkommen dem Sinne nach wenigstens der Wahrheit entsprachen, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung: **150 Mark Geldstrafe** oder 15 Tage Gefängnis soll die Kritik des Tickschen Verfahrens kosten!! Außerdem sprach das Gericht dem Herrn Zigarrenfabrikanten noch die Befugnis zu, das Urteil auf der ersten Seite des Volksfreunds und der Arbeiter-Zeitung zu veröffentlichen. Uns könnte es ja recht sein, wenn durch diese Art der Veröffentlichung die Sache in die weitesten Kreise sicherlich nicht zum Vorteil des klagelustigen Zigarrenfabrikanten käme. Vorläufig wird er aber darauf noch ein wenig warten müssen, denn es wird natürlich Berufung eingelegt werden und es wird uns hoffentlich gelingen, Zeugen aufzutreiben, die auch die formale Richtigkeit bis auf das Tüpfelchen über'm i unserer Behauptungen bekräftigen. Etwaige Bekundungen dieser Art ersuchen wir uns mitzuteilen.

Zirka vier Stunden mußte am Sonnabend Genosse Riem, der als Angeklagter in der oben berichteten Prozeßsache auf dem hiesigen Schöffengericht zu thun hatte, warten, ehe in seine Verhandlung eingetreten wurde. Wir müssen schon gestehen, daß man, wenn man auf dem Gericht zu thun hat, mit einer gehörigen Portion Geduld ausgerüstet sein muß. Aber vier Stunden ist doch etwas lange. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß, wenn man nur einige Minuten später als zur festgesetzten Zeit erscheint, man schon großen Schaden davon haben kann: Strafen event. Verwerfung der Berufung oder zum mindesten einen starken Rüffel muß man über sich ergehen lassen. Wir gestehen zu, daß sich die Verhandlungen nicht auf die Minute vorausberechnen lassen, aber vier volle Stunden auf den ungemütlichen Gerichtskorridoren warten zu müssen, das ist stark. Zum allermindesten könnten doch von dem amtierenden Richter die in Mitleidenschaft gezogenen Parteien auf einige Stunden entlassen werden. — Der Krebsschaden ist natürlich die Ueberlastung der Gerichte, unter der auch die Gründlichkeit der Beweiserhebung oft ganz gewaltig zu leiden hat.

Sehr verärgert ist die Deutsche Wacht darüber, daß Reichstagsabgeordneter Dr. Gradnauer auf der Landeskonferenz in Meißen die Reformpartei sehr treffend eine „konservative Partei mit dem größeren Maul" genannt und ganz richtig behauptet hat, daß die Sozialdemokratie in Sachsen allein die Volksrechte verteidigen muß. Die Wacht kann diese Behauptungen nicht widerlegen, sie will sie resigniert nur „tiefer hängen". Das ist auch das Beste, was das Blatt thun kann und uns sehr angenehm.

Als die erste Aufgabe der Schule bezeichnete nach übereinstimmenden Berichten bürgerlicher Blätter Schuldirektor Stecher-Löbtau gelegentlich der Einweihung eines dortigen neuen Schulgebäudes, daß die Kinder zu frommen Christen und waderen Deutschen erzogen werden sollen, welche im reiferen Alter alsdann jederzeit für Deutschtum, Thron und Altar eintreten.

Diese Grundsätze sind zwar sehr „patriotisch" im chauvinistischen Sinne, und der Herr Schuldirektor wird sich damit „oben" einen gehörigen Stein ins Brett setzen, mit einer vernünftigen Pädagogik, die doch sozusagen auch bei der Erziehung der Kinder durch die Schule in Frage kommt, haben sie aber herzlich wenig zu thun.

Neue Bahnsignale. Im Verfolg der im vorigen Jahre unter Vorsitz des Reichseisenbahnamtes abgehaltenen Besprechungen von Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen haben auch unsere sächsischen Staatseisenbahnen Versuche mit verschiedenfarbigen Gläsern an den mit den Stationsdeckungssignalen verbundenen Vorsignalen angestellt, und zwar haben sie sich bisher immer nur auf gelbfarbige Signalbilder erstreckt, die sich von den gegenwärtig gebräuchlichen (grün, rot, weiß) am deutlichsten abheben. Die jüngsten Versuche damit fanden im Dezember vorigen Jahres auf den Güterbahnhofsanlagen in Radebeul und auf der freien Strecke der Dresden—Bodenbacher Bahnlinie statt. Am Freitag wurde abermals eine Besichtigung dieser gelbleuchtenden Vorsignale durch Mitglieder des Finanzministeriums und unserer Staatsbahnverwaltung in Gegenwart zahlreicher Vertreter deutscher Eisenbahnverwaltungen abgehalten. Welche Bedeutung diesen vornehmlich auf eine Erhöhung der Betriebssicherheit hinzielenden Versuchen beigelegt wird, geht daraus hervor, daß an der genannten Besichtigung am Freitag vom Reichseisenbahnamte in Berlin der Herr Präsident Dr. Schulz mit dem vortragenden Rat, Geheimen Rate v. Misani teilnahm.

Ein neuer Schutzapparat an Straßenbahnwagen ist in diesen Tagen erfunden und kürzlich in München praktisch erprobt worden. Er besteht in einem leicht abnehmbaren, auf Gasrohre gespannten Fangnetz aus weichem Draht an beiden Enden der Wagen, an deren Vorderseite ein halbrunder vorstehender Bügel mit angehängtem Polster angebracht ist. Das Polster hat den Hauptzweck, den Zusammenstoß zu mildern und giebt beim Ausbiegen nach hinten ein Zeichen für den Bremser, während es gleichzeitig das unter dem Wagen befindliche Fangnetz ausschaltet. Versuche, die an Ort und Stelle vorgenommen wurden, bestätigten die Vorzüge dieses Apparates. Bemerkt sei hierbei, daß dieses ausschaltbare Fangnetz (Fangkorb, Fangmulde) vor 14 Tagen schon in Dresden mit Erfolg ausprobiert wurde. Neu ist jedoch das folgende: Für den Fall, daß jemand sich nicht auf dem Geleise selbst befindet, sondern nur noch von der Ecke des Wagens oder seitlich gefaßt wird, sind an den Längsseiten Schutzbleche mit einer Hebelverbindung angebracht, die durch Bewegung und Form verhindern, daß der Fallende oder Liegende unter die Räder kommt. Die Einrichtung kostet 1000 M. für jeden Wagen. Ob die Vorrichtung in Anbetracht dieses hohen Preises praktisch Anwendung finden wird, ist wohl sehr die Frage. Solche Schutzvorrichtungen müssen eben gut und billig sein, wenn sie Gnade bei den privaten Straßenbahngesellschaften finden sollen.

Schienenlose Bahn nach Klotzsche. Die Dresdner Geschäfts-, Luxus- und Straßenbahn-Wagenfabrik Karl Stoll beabsichtigt, die ihr vom Finanzministerium konzessionierte elektrische schienenlose Bahn nach Klotzsche, im Anschluß an die Dresdner Straßenbahnlinie Hauptbahnhof—Arsenal, sofort zu erbauen. Es kommt hier ein neues, der Firma patentiertes System in Anwendung. Die Wagen sind dreiachsig und für 16 Sitz- und 6 Stehplätze eingerichtet.

Aus den Bezirksausschüssen. In der am Freitag abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt fand zunächst das Gesuch der Firma Hönisch u. Ko. in Niedersedlitz um Errichtung einer Kesselschmiede und Eisengießerei Genehmigung. Der Gemeindegrenzveränderung zwischen Cunnersdorf und Colditz, sowie der Einziehung eines öffentlichen Weges zwischen Braunsdorf und Oberhermsdorf nebst Bezirksveränderung zwischen Braunsdorf und Grumbach, welche noch dem Bezirkstage vorgelegt werden soll, wurde zugestimmt, ebenso dem Regulativ der Gemeinde Hartha mit Spechtshausen, die Erhebung einer Ortsabgabe von Sommerfrischlern betreffend. Annahme fanden das Ortsstatut über die Errichtung einer Freibank für die Gemeinde Gohlis, das Regulativ über die Erhebung einer Biersteuer in der Gemeinde Cunnersdorf nach den Bestimmungen des Musterregulativs, sowie der 1. Nachtrag zum Statut für die Wasserleitung der Gemeinde Briesnitz und ein solcher zum Besitzveränderungs-Abgabenregulativ für Gompitz. Der Uebernahme einer bleibenden Verbindlichkeit seitens der Gemeinden Naußlitz, Cotta und Löbtau, Straßenbau betreffend, wurde zugestimmt. Hierauf geheime Sitzung.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt zu gleicher Zeit eine öffentliche Sitzung ab. Von den vorliegenden Konzessionsgesuchen erfuhren Genehmigung das des Schenkwirts Koch in Ottendorf um Ausdehnung seiner Schankkonzession auf den von ihm geplanten Anbau und um Erlaubnis zum Krippensetzen, Johnes in Weixdorf Hirsch um Ausdehnung seiner Schankkonzession auf 2 weitere Zimmer und eine neu zu erbauende Veranda (auf Widerruf), Wittigs in Micken um Betrieb der Schenkwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks daselbst (Uebertragung), des Ortsrichters Müller in Lausa, als Zwangsverwalter des Grundstücks Kat. Nr. 93F daselbst, um Uebertragung der von Bernhard Robert Müller bisher in diesem Grundstück ausgeübten Schankkonzession, sowie um Erlaubnis zur Ausübung dieser Konzession im bisherigen Umfange durch den vormaligen Bahnhofswirtschafter Fuchs in Lomnitz, Schlegels in Eisenberg um Erlaubnis zum Gasthofsbetriebe, einschließlich des Branntweinschanks, sowie zum Krippensetzen und zur Abhaltung von regulativmäßiger Tanzmusik daselbst (Uebertragung) und Päslers in Trachau um Konzession zum Bier- und Branntweinschank daselbst (Uebertragung). Abfällig beschieden wurden das Gesuch Bauers in Trachau, Vormanns in Micken, Richters in Loschwitz, Kiesels in Radebeul und der verw. Hudel in Blasewitz. Vertagt wurden die Gesuche der Gastwirte Walther in Seifersdorf und Hempel in Micken. Ferner genehmigte der Bezirksausschuß das Gesuch des Maschinenfabrikbesitzers Krenzel in Radebeul um Errichtung einer Sauggasanlage und Aufstellung eines Gasmotors und stimmte dem Ortsgesetz, die Beschleusung der Flur Tolkewitz betreffend, ebenso zu, wie der Uebernahme bleibender Verbindlichkeiten seitens der Gemeinde Mickten infolge eines Vertrags über Lieferung elektrischen Stromes aus den Dresdner städtischen Werken zu Licht- und Kraftzwecken. Danach geheime Sitzung.

Selbstmordversuch. Während der Fahrt von Tolkewitz nach der Waltherstraße trat an der Zillermannstraße, Ecke Striesener Straße, ganz unerwartet eine Frau vor dem herankommenden Straßenbahnwagen auf das Geleis in der offenbaren Absicht, sich überfahren zu lassen. Der Wagenführer, dies sofort bemerkend, brachte seinen Wagen durch energisches Bremsen noch rechtzeitig zum Stehen, während ein den Vorgang beobachtender Herr die Frau schnell auf die Seite zog.

Schwere innere Verletzungen zog sich am Freitag früh in Pieschen ein noch nicht 14 Jahre alter Knabe dadurch zu, daß er irrtümlich aus einer mit Natronlauge gefüllten Flasche trank.

Unglücksfall. Am Sonntag früh in der 5. Stunde ist in einem Hause der Wettinerstraße ein 30 Jahre alter Kolporteur eine Treppe hinuntergestürzt. Er erlitt eine Kopfwunde, die nach kurzer Zeit seinen Tod herbeiführte.

Vermischte Nachrichten. Das kgl. Historische Museum und die kgl. Gewehrgalerie sind wegen vorzunehmender Hauptreinigung und baulichen Herstellungen von heute an bis auf weiteres geschlossen. — Mit der Umpflasterung des Terrassenufers, zwischen der Albertbrücke und Schulgutstraße, soll am 28. April begonnen werden. — Oberhalb des Hofbrauhauses in Cotta wurde ein auf der Thalfahrt begriffenes Frachtschiff durch den heftigen Weststurm auf Land verdrückt, so daß es mit dem Hinterteil auf den überfluteten Uferdamm geriet. Nach vielen Bemühungen und Auspumpen des Schiffes, das Wasser gezogen hatte, war es möglich, die Zille wieder flott zu machen. — In der Porsbergstraße ist Sonnabend vormittag ein wertvoller Brillantring, wahrscheinlich durch Unachtsamkeit eines Dienstmädchens beim Ausschütteln einer Tischdecke, zum Fenster hinaus auf die Straße geworfen worden. Der Verlustträger sichert dem Finder bei Abgabe des Ringes im Fundbureau der Polizeidirektion eine angemessene Belohnung zu.

Versammlungskalender für Dienstag.

Tabakarbeiter. Abends 9 Uhr Versammlung in der Börse, Leipziger Str.
Metallarbeiter. Versammlung im Gasthof Pieschen, Torgauer Straße.
Schneider und Schneiderinnen. Abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Albrechtstr. 11.
6. Reichstagswahlkreis. Gruppe Löbtau. Abends 9 Uhr Versammlung in Kammers Restaurant.
Verein für Volksbildung. Abends 9 Uhr Projektionsvortrag im Trianon.
Arbeiterverein für Sporbitz. Abends ½9 Uhr Versammlung im Gasthof zur Krone in Kleinzschachwitz.

Der Briefkasten-Redakteur.

Die hohe Stirn, das nach rückwärts gekämmte Haar, das bartlose Gesicht, kurz, die ganze Erscheinung kennzeichnete den Mann als einen Gelehrten, der sich seiner Würde und seiner Verdienste um die Wissenschaft wohl bewußt war. Mit festem Schritt betrat er das Gebäude und mit einem Herrscherblicke frug er den Offizianten, ob der Redakteur zu sprechen sei.

Der Junge zeigte auf eine Thür. Dorthin lenkte der Fremde seine Schritte.

Er klopfte.

„Herein!" rief eine Stimme.

Als er eintrat, fand er einen Mann vor sich, der bekümmert genug aussah. Fragend sah der Redakteur — denn das war der Mann mit dem unglücklichen Gesicht — den Fremden an.

„Mein Name ist Schulze und ich habe soeben mein Examen bestanden," begann der Fremde.

„Und?" meinte fragend der Redakteur.

„Ich will mich der Journalistik widmen. Ich hörte, daß Sie einen „Briefkasten"-Redakteur brauchen, einen Menschen also, der alle Fragen Ihrer Leser beantworten kann. Ich glaube, daß das eine passende Stellung für mich wäre."

Der Redakteur brannte sich eine Zigarre an, that einige kräftige Züge und sagte dann:

„Sie sind ganz richtig informiert. Wir brauchen einen „Briefkasten"mann, da unser seitheriger sich seit kurzem in einer Gummizelle befindet."

„In einer Gummizelle?"

„Ja."

„Wo denn?"

„Im Irrenhaus."

„Ist er denn verrückt?"

„Natürlich."

„Was war denn die Ursache, daß der Arme seinen Verstand verloren hat?" fragte blassen Angesichts der Stellenbewerber.

„Einer unserer Leser verlangte zu wissen, wie viele Haare ein Gemse auf dem Kopfe hat, und er drohte, daß er, falls die Beantwortung dieser einfachen Frage nicht in der nächsten Nummer erfolge, die Zeitung abbestellen werde."

„Bekommen Sie viele solcher Fragen?" meinte der Fremde beklommen.

„Nun ja, es geht," entgegnete der Redakteur, indem er nachlässig eine Anzahl eingelaufener Briefe zur Hand nahm. „Hier sind so einige Proben davon," meinte er leichthin, „und wir können ja gleich einmal einen Versuch machen."

Er öffnete die Briefe und las seinem Zuhörer die gestellten Fragen vor.

„Wissen Sie das Datum der ersten Schlacht der Ammoniter?"

„Nicht augenblicklich, aber ich kann nachsehen!"

„Hm!" fuhr der Redakteur fort. „Hier ist etwas anderes. Zu welcher Religion bekannte sich Diana de Poitiers?"

„Ich kann es leider augenblicklich nicht genau sagen, aber —"

„Dann bitte, sagen Sie mir die volle Länge und Breite der Forth-Brücke; wie viele Steine zum Bau derselben verbraucht wurden und wer zuerst über diese Brücke ging."

„Ich weiß es nicht," gestand Herr Schulze.

„Ein Briefkastenmann muß alles wissen! Vielleicht können Sie aber dem diesem Fragesteller eine erfolgreiche Kur für die Schwindsucht, Kopf- und Zahnschmerzen angeben."

„Ich habe nicht Medizin studiert," antwortete der Mann mit der Denkerstirn.

„Ein Briefkasten-Redakteur muß alles studiert haben," entgegnete ernst der Redakteur.

„Hier sind noch einige Fragen, sehen Sie, ob Sie diese beantworten können: „In welchem Jahre ließ sich Doktor Martin Luther einen Schnurrbart wachsen?" — „Ist ein Gesetz vorhanden, welches jemand verbietet, die Nichte seiner Großmutter zu heiraten?" — „Auf welchen Tag fiel der 15. November 1802 vor Christo?"

Alle Farbe war nach und nach aus dem Gesicht des Herrn Schulze verschwunden. Fast weinend wandte er sich zum Gehen, indem er zu dem Redakteur sagte:

„Ich glaube nicht, daß ich den Posten eines Briefkasten-Redakteurs annehmen kann."

Und ganz niedergeschlagen verließ er das Redaktions-Bureau.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

Beamtenbeleidigung. Der in Ramburg geborene, in Löbtau wohnende Tischler Stefan Salomon richtete im vorigen Herbst eine Eingabe an die Kreishauptmannschaft Dresden und beleidigte darin den Gemeindevorstand Weigert in Löbtau dadurch, daß er ihm Ungerechtigkeit in der Steuereinschätzung vorwarf. Am 19. November hatte sich S. darauf vor dem Schöffengericht zu verantworten und wurde zu 30 M. Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht bestätigte dieses Urteil.

Aehnlich ist es mit anderen Strichen und Besetzungen auch. Wenn Mephisto im Faust Gretchens fromme Mutter höhnt, die den geschenkten Schmuck zum Pfaffen getragen und die bekannten Worte sagt: „Die Kirch allein, meine lieben Frauen, kann ungerechtes Gut verdauen", so wirft bekanntlich Faust ein: „Das ist ein allgemeiner Brauch, ein Jud und König kann es auch". In unserem Hoftheater werden Fausts Worte gestrichen, wer weiß aus welchen Rücksichten, nehmen wir an aus Rücksicht auf die Juden. Die Folge ist die, daß der, der seinen Faust gut kennt, ganz besonders auf die „Gefährlichkeit" der Worte aufmerksam wird. Es wird also bei einem Teile des Publikums das erreicht, was verhindert werden soll. Ich denke, etwas weniger Zimperlichkeit und etwas weniger auffällige Rücksichtnahme auf allerhand überfeine Gefühle wäre weit ersprießlicher und auch eines großen Kunstinstituts würdiger.

Frau Bach-Bendel vom Hamburger Stadttheater absolviert zur Zeit im Hoftheater ein längeres Gastspiel auf Engagement. Sie soll die Rollen der verstorbenen Frau Wolff übernehmen. Das Gastspiel setzte am Sonnabend nicht recht glücklich ein. Die Dame spielte die zumutig derbe Wirtschafterin Marianne in L'Arronges kleinbürgerlichem Lustspiel Doktor Klaus. Sie konnte in dieser Rolle gar nicht besondere Eigenart zeigen; denn es ist eine Schablonenrolle, die keine hohen Ansprüche stellt. Eine solche Rolle muß jede Schauspielerin, die für das Hoftheater überhaupt in Frage kommt, einwandsfrei spielen können; es fragt sich aber, ob sie mehr kann, und so wird man namentlich darauf zu warten haben, ob Frau Bach-Bendel demnächst die Rolle der Bürgerin im Meineidbauer und die der Amme in Romeo und Julia eigenartig auszuarbeiten verstehen wird. Vorderhand läßt sich nicht sagen, ob eine gewisse Zurückhaltung im Spiel und ein Vermeiden stärkerer Akzente auf künstlerischer Berechnung beruhen oder auf einem Mangel an Kraft, zu individualisieren. Jedenfalls hätte die Rolle derbere, sicherere Umrißzeichnung vertragen können. pm.

Dr. Ludwig Wüllner, der große Vortragskünstler auf dem Gebiete des Liedes, gab am Sonnabend im Musenhause seinen letzten Liederabend. Es ist in den vergangenen Monaten des öfteren von dem Sänger an dieser Stelle die Rede gewesen und vor allem die suggestive Wirkung betont worden, die sein Liedervortrag auf den Zuhörer ausübt. Je öfter man Wüllner hört, desto klarer wird einem das Wesen dieses Vortrags. Wüllner ist in erster Reihe Deklamator; erst das Wort, dann die Vertonung. Er stellt sich mit der üblichen Vortragsweise des Liedersängers, den Hauptwert auf das gesangliche zu legen, in direkten Gegensatz. Vielleicht ist das für ihn eine Notwendigkeit, die sich aus der Unzulänglichkeit seiner stimmlichen Mittel ergiebt. Trotzdem wäre es verkehrt, zu behaupten, daß Wüllner nicht singen kann. Das, was er an Organ besitzt, hat er voll in seiner Gewalt. Daß er nicht mehr davon besitzt, kann man im seinem Interesse und im dem seiner Zuhörer bedauern. Wie herrlich müßte es erst sein, wenn zu seinem vollendeten deklamatorischen Vortrag sich ein ebenwelcher gesanglicher stellen könnte! In seinem Vortrage liebt Wüllner wiederum die starken Gegensätze, Licht und Schatten ist ohne vermittelnden Uebergang verteilt. Das sichert nun zwar eine starke Wirkung, zumal in denjenigen Liedern, die mit dramatischen Akzenten ausgestattet sind, hat aber nicht überall die volle Befriedigung des Zuhörers im Gefolge. Besonders dann nicht, wenn, wie in Beethovens Liederkreis An die ferne Geliebte, das Wort erst in zweiter Linie in Frage kommt. Ich hatte hierbei manchmal das Gefühl, daß eine Mäßigung des allzu brünstigen Ausdrucks Beethoven gerechter geworden wäre. Vorzüglich aber stand diese Vortragsweise dem großen Liederzyklus Dichterliebe (nach Gedichten von H. Heine) von Robert Schumann, deren einzelne Nummern, vor allem das bekannte Ich grolle nicht, kaum mit größerer Wirkung wiedergegeben werden können. Außer den beiden zusammenhängenden Liederzyklen enthielt das Programm noch eine Anzahl Einzellieder von Schumann und Franz Schubert. Von den Schubertschen Liedern mag das kleine graziöse, leichte Liedlein An die Laute hervorgehoben werden. Am Klavier saß Herr Coenraad V. Bos. Auch von ihm ist bereits in diesem Winter die Rede gewesen, als von einem ganz vorzüglichen Begleiter. Auch am Sonnabend lieferte er wieder eine Meisterleistung. -a-

Achtfache Telegraphie Berlin—Hamburg. Wie Berliner Blätter melden, hat die Reichs-Telegraphenverwaltung sich entschlossen, für die Verbindung zwischen Berlin und Hamburg den Rowland-Telegraphen endgültig in den Betrieb aufzunehmen. Es wird dies in wenigen Wochen geschehen. Mit dem Apparat können gleichzeitig vier Telegramme in jeder Richtung, also acht im ganzen gegeben werden. Er ist imstande, bei mäßigem Tempo 200 bis 250 Wörter in der Minute zu befördern, während Baudot nur 145, Hughes 40 bis 70 Wörter befördert. Der neue Apparat ist somit geeignet, den Massenverkehr zwischen großen Städten zu bewältigen. Als weitere Vorteile haben sich insbesondere folgende ergeben: Das Arbeiten am Rowland-Apparat ist nicht so anstrengend, wie an anderen Typendruckern. Die Arbeit kann am Geber zu jeder Zeit angefangen und unterbrochen werden. An einem Empfänger können gleichzeitig bis zu drei Telegrammabschriften durch Einlegen weiterer Papierstreifen mit dazwischen gelegtem Blaupapiere gewonnen werden. Längere Telegramme, also besonders Staats- und Zeitungstelegramme, können in mehrere Teile geteilt werden, die dann an verschiedenen Gebern gleichzeitig zur Abgabe gelangen.

Die elektrisch betriebene Setzmaschine. In der letzten Nummer des Prometheus (Herausgeber Prof. Dr. O. N. Witt) wird berichtet: „Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Ko. in Nürnberg baut nach den Patenten des Spaniers Moran Rotar eine Setzmaschine Elektrotypograph, deren Thätigkeit in zwei getrennten Maschinen sich abwickelt. Der eine Teil, die Schreibmaschine, stellt gelochte Papierstreifen für den zweiten Teil, die Gießmaschine, her. Es wird in der Schreibmaschine durch Druck auf Buchstabentasten, ganz wie bei den sonstigen Schreibmaschinen, einerseits die übliche Druckschrift hervorgebracht, andererseits ein sich gleichzeitig bewegender Papierstreifen durch Stanzen mit viereckigen Löchern versehen. Jedem Buchstaben entspricht in diesem Streifen eine Lochstellung; Anzahl und Lage der Löcher einer Querreihen kennzeichnen den Buchstaben. Die Druckschrift der Schreibmaschine bildet die Probe auf die Richtigkeit des Satzes und vertritt die Stelle des Korrekturabzuges. Der gelochte Papierstreifen wird in die Gießmaschine eingelegt; er bewegt sich hier zwischen metallenen Fühlhebeln und einer gleichen Unterlage. Fällt ein Fühlhebel durch ein Loch auf die Unterlage, so wird dadurch ein Strom geschlossen; schleift der Hebel auf dem Papier, so bleibt der Strom unterbrochen. Jedem Buchstaben wird auf diesem Wege ein Strom oder eine bestimmte Verbindung mehrerer Ströme zugewiesen. Die Ströme erregen Elektromagnete, die durch ihre Anker Teile der Maschine in Bewegung setzen. So wird durch jede besondere Lochstellung eine besondere Bewegung ausgelöst, welche die der Lochstellung angehörige Buchstabenmatrize zur Gießstelle bringt. Dort wird geschmolzenes Letternmetall einer zusammengestellten Zeile solcher Matrizen entgegengedrückt, es erstarrt in den Metallformen, eine gegossene Buchstabenzeile ist für den Druck fertig. Nach diesem Druck wird sie wieder eingeschmolzen und jeder neue Druck erfolgt mit neuen scharfen Lettern. Stereotypsatz ist für spätere Neuauflagen unnötig. Aufbewahrung der Lochstreifen genügt, um in der Gießmaschine den Satz wieder herstellen zu können. Jede der zwei Maschinen braucht nur 1 Quadratmeter Grundfläche zur Aufstellung, auch können beide in getrennten Räumen arbeiten. Da die Schreibmaschine in der Minute 150 Buchstaben zu stanzen vermag, die Gießmaschine je nach Letterngröße 80—90 Buchstaben in der Minute druckfertig stellt, so ist nur eine Schreibmaschine für je zwei Gießmaschinen nötig."

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Der italienische Geologe Professor Ricco hat festgestellt, daß die Höhe des

Schöffengericht.

Militärische Zwangsimpfung. Unter dieser Spitzmarke erschien in Nr. 6 der Zeitschrift „Der Impfgegner“ vom Juni 1901 ein Artikel, der sich mit einer Impfung, die am 15. April [illegible] beim hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. [illegible] stattfand, [illegible] beschäftigte. Der Chef dieses Regiments [illegible] Albrecht von Preußen. In dem Artikel, der mit Paul Gottsreinu unterzeichnet ist, wird vom hannoverschen Mitkämpfern der Vorwurf gemacht, daß sie bei einer vorgenommenen Impfung [illegible] behandelt, [illegible] worden seien. So [illegible] den Artikel: „Es ist geradezu unerhört, daß die Gesetze, welche [illegible] wegen Zwangsimpfung für [illegible] erklärten, so mit Füßen getreten werden. [illegible] oder Idee vom Soldaten, um [illegible] so viel [illegible] machen, daß sie eine solche — [illegible] nennen wir es einmal „Schweinerei“ [illegible].“

Nachdem nach diesem die Rede ist, daß in einer halben Stunde [illegible] Mann [illegible] wurden, [illegible]: „Ein derartiges Vorgehen ist Hohn auf jeden Begriff von Menschlichkeit. [illegible] gehandhabt werden? Die Militärimpfung überhaupt ist [illegible] aber eine derbe [illegible] gegen die Gesundheit, gegen welche die Staatsgewalt einschreiten müßte.“

Der Schluß, in dem [illegible] das Vertrauen der Armee [illegible] wird, fragt: „Oder ist es ein Gebot der Zuchtdisziplin, [illegible] [illegible] Unheil wegen?“

Wegen dieses Artikels stellte der erwähnte Regimentschef Strafantrag [illegible] gegen den als Verfasser ermittelten [illegible] Paul Gottsreinu in Hannover, und den verantwortlichen Redakteur der erwähnten Zeitschrift Wilhelm Ferdinand Reisel hier. Da der „Impfgegner“ hier erscheint, so kam die Sache am Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Der Einwand [illegible] den Oberst a. D. Auer, welcher als Schöffe [illegible] wegen Befangenheit abzulehnen. Diesem Antrage wird nicht stattgegeben. Auch wird der Antrag, den Regimentskommandeur und eine Anzahl der Impflinge, welche bei dem Vorfalle zugegen waren, zu vernehmen, abgelehnt, [illegible] Als Sachverständiger ist der Medizinalrat Dr. [illegible], der Leiter des [illegible] Impfinstituts geladen — [illegible] und erst vom [illegible] die Sachverständigen eingeholt werden, [illegible] Dr. [illegible] nicht eher zur Abgabe eines Gutachtens verstehen wollte. Nachdem auch dies noch geschehen war, konnte endlich in die Verhandlung eingetreten werden. Als einziger Zeuge ist der Sohn des Angeklagten G. erschienen, der beim erwähnten Regiment als Einjährig-Freiwilliger diente und jene Impfung mit durchmachte.

Der Angeklagte G. bemerkt [illegible] zur Sache: Er hat durch seinen Sohn von den Vorgängen erfahren. Danach hatte die Kompagnie, bei der er eingestellt war, am fraglichen Tage bis 11 Uhr vormittags exerziert und zwar derartig, daß wenigstens die meisten der Mannschaften erhitzt waren. Ohne daß den Leuten weiter etwas mitgeteilt worden sei, habe es plötzlich geheißen, um halb zwölf Uhr habe ärztliche Revision statt. Ohne irgendwie einen Befehl, sich zu reinigen, erhalten zu haben, seien 147 Mann in 3 Abteilungen innerhalb einer halben Stunde geimpft worden. Nach der Berechnung kommen auf den einzelnen Mann höchstens [illegible] Minute zum Vollzuge des Impfaktes gekommen sein. Man eine gründliche Reinigung wenigstens der Impfstellen vorzunehmen, seien die Stellen nur mit einem feuchten Lappen abgewischt worden, und zwar mindestens 6 oder 7 Mann mit demselben Lappen. Auch der Behandlung der Impfmesser sei ein [illegible] nämlich in [illegible] Endlich habe man nach die [illegible] Wunden nicht nach vollzogener Impfung bedeckt, sondern man habe ruhig jeden [illegible] oder gar [illegible] [illegible]. Ueber dieses ganz, nach seiner Meinung vollständig verdächtig- und gesetzwidrige Verfahren sei Angeklagter empört gewesen und habe sich davon gemacht, seinem Unmut in jenem Artikel Ausdruck zu verleihen, insbesondere auch um deswillen, da er [illegible] und überzeugter Impfgegner sei. Wenn er dem Ausdruck Schweinerei gebraucht habe, so könne er für ein derartiges Verfahren eine andere Bezeichnung nicht wählen.

Der Angeklagte Reisel bestreitet, daß er habe jemand beleidigen wollen. Gottsreinu sei ihm [illegible] nicht persönlich, aber als Vorsitzender des hannoverschen Impfgegner-Vereins wohl bekannt und gelte als tüchtiges und [illegible] Mitglied der Bewegung. Er hatte daher kein Bedenken getragen, den Artikel abzudrucken, habe jedoch am Schlusse desselben in einer redaktionellen Bemerkung sich gewissermaßen eine Reserve auferlegt. [illegible] fragt die Vorgänge mit verschiedenen anderen Ereignissen zu [illegible], wie sein Vater dies bereits angegeben hatte. Auf keine, die etwa [illegible] von 17 oder 18 Mann seien knapp 10 Minuten [illegible] bekommen. Dann habe man den [illegible] [illegible]. Das Gutachten des hannoverschen Gerichtsarztes Dr. Schwabe wird verlesen. Darauf geht hervor, daß auch er es für unangebracht hält, wenn man die Mannschaften [illegible] kurze Zeit vor dem Impfakt exerzieren läßt. Das hauptsächliche Erfordernis beim Impfen — [illegible] reine Haut — sei [illegible] gewesen, selbst wenn die Leute [illegible] am Morgen mit frischer Wäsche etwa [illegible] verbunden hätten. Allerdings findet auch dieser Sachverständige eine [illegible] der Aerzte nur darin, daß man entweder nicht genügend [illegible], oder aber solche in nicht genügender Anzahl verwendet habe. [illegible] ist der Impfakt korrekt vor sich gegangen [illegible] und ein [illegible] Verbinder [illegible] worden.

Das Gutachten des Herrn Medizinalrats Chalybäus muß als ein [illegible] bezeichnet werden. Er schloß sich im allgemeinen dem [illegible] Dr. Schwabes an. Auch er neigt der Ansicht zu, daß es [illegible] gewesen wäre, wenn das Exerzieren vorher nicht [illegible] aus den Akten und den Vernehmungen ergebe sich [illegible], daß den Mannschaften anheimgegeben war, sich an jenem Tage mit [illegible] zu versehen. (Von den ver-

---

Aetna seit dem Jahre 1886 auf der östlichen Seite um 65 Fuß und auf der nördlichen Seite um den [illegible] Betrag abgenommen hat. Als Ursache für diese Erniedrigung des Vulkans sieht Riccò an, daß [illegible] von den Kratern ausgeworfene und auf dem Gipfel abgelagerte Stoffe allmählich durch starke Schneefälle fortgeblasen seien. —

Eine Medaille für Anatomie, die zum Andenken an den verstorbenen Anatomen der Universität Modena, Professor Lizaro, geschaffen worden ist, hat bei der [illegible] Verleihung eine weite Wanderung angetreten. Die Auszeichnung wurde nämlich einem weiblichen Mediziner, Catherine Anderton, in Ceylon zuerkannt. Der Preis hat den Zweck, Studenten der Anatomie, die eine besondere Veranlagung bewiesen haben, für weitere Arbeit zu ermutigen. —

Der Verlag Julius Bard in Berlin beginnt ein neues, groß angelegtes literarisches Unternehmen „Die Kunst“, an dessen Spitze als Herausgeber Richard Muther steht. Es handelt sich um eine Sammlung kunstgeschichtlicher Monographien, die nach der Ankündigung des Verlegers, künstlerisch interessante Themen und allgemein-ästhetische Fragen in allgemein verständlicher Form behandeln soll. —

Noch einmal die Gerhart Hauptmann-Straße. In der Rummelsburger Gemeindevertretung war, wie wir kürzlich berichteten, die Mitteilung gemacht worden, der Minister des Innern habe die Benennung einer Straße nach Gerhart Hauptmann nicht genehmigt. Diese Nachricht wurde dann für falsch erklärt, aber in Umlauf. Die Rummelsburger Gemeindeverwaltung hat auf eine Anfrage erwidert, daß thatsächlich die Eingabe der Gemeinde [illegible] und die Benennung der Straße 11 des Bebauungsplanes nach Gerhart Hauptmann nicht genehmigt worden ist. Indessen ist dies nur deshalb geschehen, weil die Straße auch durch Berliner Gebiet geht und Rummelsburg allein nicht das Recht hat, einen Namen dafür zu wählen. Mit Gerhart Hauptmanns Werken usw. soll die Versagung nichts zu thun haben. —

In München starb Professor H. Buchner, der Vorsteher des Hygienischen Instituts, ein hervorragender Gelehrter, dessen Arbeiten über den Gärungsprozeß von besonderer Bedeutung gewesen sind. —

---

nommenen Mannschaften hat thatsächlich nur ein Einziger mit Bestimmtheit bekundet, daß er gewußt habe, die Impfung stehe bevor.) Die Impfung eines Syphiliskranken, der in diesem Falle übrigens zu [illegible] könne nicht als gefahrbringend angesehen werden. Die Impfpusteln nähmen auch bei solchen Leuten mit ganz verschwindenden Ausnahmen den gewöhnlichen Entwickelungsverlauf. Eine Infektion [illegible] bei der Verwendung von Mann Avodium Meieren durch das Ausüben [illegible] ausgeschlossen, gleichwohl giebt er aber auf Antrage eines Verteidigers zu, daß bei öffentlichen Impfungen mit Syphilis behaftete Impflinge zurückgewiesen werden. Die Anzahl der verwendeten Messer (vier) hält er für ausreichend und die Zeit des Impfaktes entsprechend der Zahl der Impflinge für keineswegs zu kurz. Im allgemeinen bemerkt er, über die Gepflogenheiten bei militärischen Impfungen nicht informiert zu sein, da er selbst noch keine [illegible] gemacht habe, beim Militär zu impfen. Bei einer Anzahl Fragen, nach Angabe des Gutachtens seitens der Verteidiger, antwortet der Sachverständige gar nicht, indem er kategorisch erklärt, dies nicht näher zu haben. Zu bemerken ist noch, daß der Sohn des Angeklagten G. wegen der an seinen Vater gemachten Mitteilung [illegible] mit drei Tagen Mittelarrest bestraft wurde, bei seinem Abgange jedoch zum Unteroffizier befördert und die Qualifikation als Offiziersaspirant zugesprochen erhielt.

Der Amtsanwalt hält besonders beim Angeklagten G. die zweifellos schweren Beleidigungen für erwiesen, die Absicht und beantragt für G. eine angemessene Geldstrafe, bezüglich Reisels stellt er die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts. Die Verteidiger nehmen für ihre Mandanten den Schutz des § 193 in Anspruch und plädieren in erster Linie auf Freisprechung. Auch die Angeklagten verteidigen sich nochmals in längeren Ausführungen. Insbesondere weist der Angeklagte Reisel darauf hin, daß die impfgegner Ansichten vertreten, die heute von einer großen Anzahl der namhaftesten Aerzte des In- und Auslandes geteilt würden.

Das nach reichlich halbstündiger Beratung gefällte Urteil lautet für Gottsreinu auf 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis, für Reisel auf kostenlose Freisprechung. Dem Regimentschef wird Publikationsbefugnis zugesprochen.

Die Urteilsbegründung gesteht dem Angeklagten G. den Schutz des § 193 nicht zu und hält den Wahrheitsbeweis für mißlungen. Wenn Unzuträglichkeiten bei der Impfung durch das vorherige Exerzieren [illegible] hätten, so können diese keinesfalls den Aerzten zur Last gelegt werden, da diese hierauf keinerlei Einfluß hatten, der Befehl dazu vielmehr von anderer Seite ausging. Hinsichtlich Reisels habe eine Verurteilung nicht eintreten können, da der Verfasser des Artikels von vornherein bekannt gewesen sei.

Parteiangelegenheiten.

Ablehnung des kommunalen Etats. Die Konferenz der Gemeindevertreter der Provinz Sachsen, die über die Osterfeiertage in Halle tagte, nahm folgende Resolution an: Die Gemeindevertreter-Konferenz der Provinz Sachsen erklärt es für taktisch inkorrekt, wenn Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Gemeindevertretungen den bürgerlichen Behörden den Etat bewilligen. Die Zusammensetzung der Kollegien auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems sowohl wie die Verwendung kommunaler Gelder zu arbeiterfeindlichen Bestrebungen und die Art der Steuerbelastung müssen alle sozialistischen Gemeindevertreter zur Ablehnung des Gemeinde-Etats veranlassen.

Das preußische Vereinsunrecht. Der Genosse Paschke in Belgard erhielt eine Strafverfügung über 15 M., in der es heißt: „Sie haben am 15. März 1902 mit Umgehung des auf Grund des § 8 Abs. 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 ergangenen polizeilichen Verbots eine als öffentliche Versammlung bezeichnete Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins abgehalten und geleitet, welcher, obwohl politische Gegenstände (Gedächtnisrede über die Bedeutung der Märzrevolution — Maifeier) erörtert worden sind, Frauenspersonen beigewohnt haben.“

Der 1. lothringische Parteitag tagte am Ostermontag im Metz. Seine Aufgabe war die Festlegung der lothringischen Bezirksorganisation. Aus allen Teilen Lothringens waren 36 Genossen erschienen, die in angestrengter [illegible] Thätigkeit die reichhaltige Tagesordnung erledigten. Zum Vorort wurde Metz und zum Vorsitzenden der Bezirks-Agitationskommission [illegible] Bezirks-Vertrauensmann E. Barler, St. Julien bei Metz gewählt. An diesen sind in Zukunft alle Parteisachen zu richten. Der Tag wird ein Markstein in der Bewegung der lothringischen Sozialdemokratie sein.

Kleine Partei-Nachrichten. Die Hamburger Genossen rücken der Bürgerschaft immer energischer auf den Leib. Bei der Nachwahl im 29. Bezirk erhielt der gewählte bürgerliche Kandidat 245 Stimmen, unser Genosse Blume 225 Stimmen und ein dritter Kandidat 180 Stimmen. Da einfache Mehrheit gilt, hat also der Gewählte nur noch 20 Stimmen Vorsprung vor unserm Kandidaten. Die Gegner haben bedeutend an Stimmen verloren, wir 111 gewonnen. — Für den Wahlkreis Greifswald-Grimmen wurde in einer Wahlkreiskonferenz der Genosse A. Hanisch aus Stettin als Reichstagskandidat aufgestellt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eines der für den Staat besonders nützlichen Elemente, ein Schriftsetzer Hoppe, der in der Halleschen Zeitung, wo die Verbandsbuchdrucker die Arbeit niedergelegt haben, Streikbrecherdienste leistete, hat diese Thätigkeit urplötzlich unterbrechen müssen. Er wurde von der Polizei verhaftet, weil er einem Wirt, bei dem er verkehrte, 150 M. und wichtige Familienpapiere gestohlen hatte. Hoppe war Gutenbergbündler und ist erst von Magdeburg nach Halle übergesiedelt, um die Hallesche Zeitung nicht in der Klemme stecken zu lassen, in die sie die Verbandsbuchdrucker gebracht hatten.

Die Friedensliebe der Arbeiter bekundet sich wieder einmal bei der vom Zaune gebrochenen Aussperrung, die die Innung Bauhütte in Kiel inszenierte. Wie der Vorwärts mitteilt, beschlossen sowohl die Maurer wie die Zimmerer einstimmig, der Anregung des Gewerbegerichts-Vorsitzenden Folge zu leisten und — obgleich die Sache für sie durchaus günstig steht — das Einigungsamt anzurufen. Anders die Herren Innungsmeister! Diese wiesen die Aufforderung des Gewerbegerichtsvorsitzenden zurück und bewiesen damit, daß es ihnen nicht auf eine friedliche Beilegung des Konflikts ankommt, sondern daß sie ihn auf die Spitze treiben und die Gesellen niederzwingen wollen. Zu diesem Zwecke haben sie denn auch ein neues „Ultimatum“ gestellt. Sie fordern Abschluß eines Vertrages auf fünf Jahre und haben den Gesellen bis zum Mittwoch Zeit gestellt. Haben die Gesellen sich bis zum Mittwoch nicht gefügt, so drohen sie, Fremde in Massen nach Kiel zu ziehen und die einheimischen Bauarbeiter für den Sommer auszusperren! — Die Solidarität der Bauarbeiter allerorten wird dafür sorgen, daß den Herren ihr Geniestreich gründlich versalzen wird.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Steinarbeiter bei der Firma Huber in Braunschweig streiken noch immer. Am Streik sind 16 Mann, darunter 12 Familienväter mit 39 Kindern. Es werden nun 25 Steinhauer nach Königslutter gesucht. Da Herr Huber gegenwärtig bedeutende Anwerbungen macht, ist anzunehmen, daß dort Streikarbeit für die Firma Huber angefertigt werden soll. — In der Fabrik [illegible] der Firma Poß zu Köln-Ehrenfeld legten zirka 180 Arbeiter wegen einer bis zu 40 Proz. gehenden Akkordreduktion und Einführung des Akkordsystems die Arbeit nieder. Da mit den erschienenen Arbeitern der Betrieb nicht aufrechterhalten werden konnte, stellte die Firma denselben ein. — Die Malergehilfen von Apolda sind in einen Ausstand getreten, weil die Malermeister den im vorigen Jahre vereinbarten Lohntarif, der eine achtstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 35 Pf. pro Stunde garantierte, gekündigt haben. — Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Huber & Co. in Wurzen dauert unverändert fort. Bei den Einigungsverhandlungen, die sich zerschlugen, hat die Firma erklärt, sie wolle ihre Arbeiten anderwärts herstellen lassen. Alle Arbeiter der Schuhindustrie werden darauf hingewiesen. — Die Aussperrung der Weber bei der Firma Schönfeld in Crimmitschau ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. — In der Möbelfabrik in Karlsruhe [illegible] von Reutlinger haben alle Arbeiter bis auf einen die Arbeit niedergelegt. Ursache ist eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Zur Schneideraussperrung in München wird gemeldet, daß sich leider eine Anzahl von Bürschchen gefunden hat, die den Ausgesperrten in den Rücken fielen. Freilich sind es junge, kaum der Lehre entwachsene Bürschchen, die zum Glück nicht viel Schaden anrichten können.

Neues aus aller Welt.

Zschwitz. Vor einigen Tagen befand sich in den hiesigen Zeitungen eine Notiz, nach der die Ursache zu dem Selbstmord der unglücklichen Frieda Farr, die bekanntlich den Tod in der Elbe fand, auf ein Liebesdrama zurückzuführen sei. Von dem Vater der Farr wird dieses entschieden bestritten. Seine Tochter habe mit dem Betreffenden höchstens dreimal verkehrt und überhaupt keine Absicht zum Heiraten gezeigt. Die Ursache des Selbstmordes sei vielmehr auf fortwährende Differenzen in ihrem Dienst zurückzuführen.

Jugendlicher Selbstmörder. Selbstmord verübte in Berlin der 11jährige Sohn eines Arbeiters, indem er sich in der Küche erhängte. Der Knabe soll einem Mitschüler 1 M. entwendet haben und [illegible] den Selbstmord aus Furcht vor Strafe begangen zu haben.

Selbstmordversuch eines Soldaten auf offener Straße. Sonnabend abend um 1/2 11 Uhr wurden die Passanten der [illegible] in Berlin durch eine laute Schußdetonation erschreckt. Auf der Mittelpromenade der Perlstraße hatte ein Soldat sich durch einen Revolverschuß zu töten versucht. Der Lebensmüde, der Infanterist [illegible] der 3. Kompagnie des 14. Infanterieregiments zu Graudenz, hatte sich in die Brust geschossen und stürzte blutüberströmt zu Boden. Der Waffenrock des Soldaten hatte Feuer gefangen, das rasch zu Hilfe eilende Passanten löschten. Die Ursache des Selbstmordversuches dürfte in der Angst vor den Folgen einer Urlaubsüberschreitung liegen; [illegible] wurde bereits wegen Fahnenflucht verfolgt.

Arbeiter-Risiko. Bei dem Abbruch eines Hauses in Königsberg i. Pr. wurden durch den Einsturz einer Decke eine Frau [illegible] zwei andere leicht verletzt.

Der Mörder Beck hat in der letzten Stunde seines Lebens einen Brief an die Königsberger Hartungsche Zeitung gerichtet. Das Blatt teilt darüber mit: Das merkwürdige Schreiben — auch ein Dokument humain (menschliches Dokument) — ist datiert den 2. April 1902, abends 10 Uhr, und bereits in der Nachtstunde von 10 bis 11 Uhr auf dem Frankfurter Postamt 1 abgestempelt. Der Brief ist mit etwas fliegender, aber sicherer Hand mit Bleistift geschrieben. Auf der Rückseite des Kuverts steht der Name und augenscheinlich Aufenthaltsort des Absenders, dahinter deutlich erkennbar 3 Kreuze. Beck teilt in dem Schreiben mit, daß ihm Zeitungsnotizen, die er an demselben Tage gelesen, den Anlaß gaben, sich an unsere Zeitung zu wenden. Gleichzeitig habe er einen genaueren Bericht über die Veranlassung zu seiner That und über deren Einzelheiten an die Königsberger Staatsanwaltschaft abgehen lassen. Vollständig unerfindlich sei es ihm, weshalb Frau Meerbach inhaftiert worden sei. Die Schuld an dem Unglück trage allein seine Frau; er empfinde im letzten Augenblick keinerlei Gewissensbisse darüber, daß er sie getötet habe. „In einer Stunde“, so heißt es gegen das Ende des Briefes, „werde ich mich erschießen; beim Erhalten dieser Zeilen dürfte es Ihnen schon bekannt sein.“

Wie ein Berliner Berichterstatter mitzuteilen weiß, habe Beck in dem Schreiben an die Königsberger Polizeibehörde, das er [illegible] kurz vor Ausführung des Selbstmordes zur Absendung brachte, zugestanden, daß er seine Frau getötet und seinem qualvollen Leben ein Ende setzen werde. Nähere Mitteilungen darüber, unter welchen Umständen das Verbrechen verübt worden ist, habe B. nicht gemacht. Die Witwe Meerbach wurde bereits nach ihrer Verhaftung in Danzig einem Verhör unterworfen, bestritt jedoch hier, wie auch später in Königsberg, irgendwelche Kenntnis von dem Verbrechen gehabt zu haben. Sie stand angeblich unter dem Einfluß Becks und will in Danzig ihre polizeiliche Anmeldung als Frau B. vorgenommen haben ohne Kenntnis von der Tragweite ihrer Handlungsweise.

Tilsit, 5. April. Der Intendant des Grafen Tyszkiewicz in Polangen wurde in der Nacht durch einen Flintenschuß durchs Fenster getötet; eine Frau erhielt eine Brandwunde durch einen glühenden Pfropfen. Jedenfalls kommen zwei Thäter in Betracht.

Brüssel, 6. April. Ein Attentat gegen den Paris—Brüsseler Schnellzug wurde in vergangener Nacht in der Nähe von Mons verübt. Zwei Telegraphenstangen wurden durchgesägt und auf das Geleis gelegt. Ein Streckenwärter entdeckte rechtzeitig diese Freveltat. Eine eingehende Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Agram, 5. April. In der hiesigen chemischen Fabrik explodierte ein Kessel, worin mehrere tausend Liter Benzin waren. Die Fabrik wurde zerstört.

Ein Massenunglück wird aus Glasgow gemeldet: Am Sonnabend sind bei einem Fußballwettspiel zwischen Engländern und Schotten die Barrieren von den Zuschauern durchbrochen worden. Dabei sind im ganzen 177 Personen so schwer verletzt worden, daß sie in Krankenhäusern aufgenommen werden mußten. Außer drei sofort Getöteten sind noch 17 ihren Verletzungen erlegen.

Rettung aus Seenot. Die Rettungsstation Hooksiel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 6. April wurden von der hier gestrandeten deutschen Tjalke Hester zwei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Briefkasten.

Bericht Arbeitervertreter-Versammlung betreffend. Wir ersuchen wir, das Papier nicht auf zwei Seiten zu beschreiben. Wir müssen wiederholt um strikte Beachtung dieses Verlangens bitten und werden in Zukunft alle dem nicht entsprechenden Manuskripte dem Papierkorb anvertrauen.

Dresdener Theater.

Montag den 7. April.

Opernhaus. (Altstadt.) Die lustigen Weiber von Windsor. Komisch-phantastische Oper in 3 Akten mit Tanz. Musik von Otto Nicolai. Anfang 1/2 8 Uhr.

Dienstag: Lohengrin.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Die berühmte Frau. Lustspiel in 3 Akten von F. v. Schönthan und G. Kadelburg. Anfang 1/2 8 Uhr.

Dienstag: Es lebe das Leben.

Residenztheater. (Gastspiel Annie Dirkens.) Die schöne Helena. Komische Oper in drei Abteilungen von Meilhac und Halévy. Musik von J. Offenbach. Anfang 1/2 8 Uhr.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 1/2 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang 1/2 4 Uhr.
Abends 8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Gesellschaft Winter-Tymian.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 4 und 8 Uhr.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 7. April, vormittags 10 1/2 Uhr.

Barometer: 745. — Veränderlich.
Thermometer: + 1° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. + 1°, Maxim. + 14°.
Hygrometer: 66%.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020407/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG